

Veranschaulichungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

29. Oktober 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

5W

Feme-Schulz im Verhör.

Er spielt den Retter des Vaterlandes und weiß von nichts.

B. S. Landsberg a. d. W., 29. Oktober.

Der Andrang zu der heutigen Verhandlung gegen Schulz und Genossen, die außer der Vernehmung des Oberleutnants Raphael und des Oberleutnants Schulz auch den Beginn der Beweisnahme in diesem wichtigen Prozeß bringen soll, ist wieder unvermindert stark. Der Vorsitzende richtete an die Zeugen eine besonders ernste Ermahnung, sich streng an die Wahrheit zu halten, und nicht daran zu denken oder zu denken, „Es gibt nur eine Wahrheit.“

Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung machte dann der Verteidiger des Oberleutnants Schulz, R.-A. Dr. Sad, darauf aufmerksam, daß die Verteidigung unter Umständen von ihrem Recht, auf Antrag der Aussetzung in der Hauptverhandlung zum Zwecke der Erkundigung Gebrauch machen werde, weil eine Reihe von Zeugen der Verteidigung gar nicht oder spät genannt worden sei. Auf die Frage des Verteidigers, ob Major a. D. Buchruker geladen sei, erklärte der Vorsitzende, daß dieser erst später als Zeuge erscheinen werde.

Vernehmung des Angeklagten Raphael.

Dann wurde Oberleutnant Raphael vernommen, der während des Krieges Offizier war, 1918 Freiwilligendienst tat und in Ostpreußen eine Ortschutzkompanie aufstellte. Er trat dann bei der Schuppel ein und meldete sich 1922, da er, wie er sagte, mit Leib und Seele Soldat gewesen sei, bei Oberleutnant Schulz. Zuerst übernahm er das Arbeitskommando Jüterbog und kam dann auf das Fort Gorgast, wo er als dienstältester Offizier Fortkommandant wurde. Der Zeuge schilderte dann ausführlich, daß Gröschke eines Tages zu ihm gebracht worden sei, zusammen mit zwei anderen Leuten. Alle drei waren ihm als unbotmäßig gemeldet und sollten auf Fort Gorgast Schiffs bekommen. Gröschke stand außerdem im Verdacht, ein Spion zu sein, und es ging auch das Gerücht, daß er einem kommunistischen Detektivbüro angehöre. Er habe Gröschke deswegen in Arrest bringen lassen. Der Zugführer Becker machte den Vorschlag, Gröschke zu verhören. Bei dem Verhör habe Gröschke zugegeben, ein Kommunist zu sein. Er habe auch an, daß in der Frankfurter Neustadt die Kommunisten eine geheime Funktion hätten. Das Protokoll war dann mit einer Meldung an das Arbeitskommando gelangt worden. Der Angeklagte bestritt energisch, den Befehl gegeben zu haben, Gröschke zu schlagen.

Angell. Schulz: Ich habe auf Befehl von Leutnant Raphael den Gröschke geschlagen.

Angell. Raphael: Das ist unmöglich, weil ich ja gar nicht in der Zelle gewesen bin, als Gröschke geschlagen wurde.

Die übrigen Angeklagten erklärten, sie hätten Raphael nicht in der Zelle gesehen, während Gröschke behauptet, er habe den Oberleutnant einmal vor der Zelle beobachtet. Der Angell. Schulz bleibt dagegen bei seinen Angaben. — Vorf.: War Oberleutnant Schulz bei Ihnen, als Gröschke sah, und haben Sie mit Ihrem Vorgefetzten über den Mann gesprochen? — Angell.: Das weiß ich nicht, denn Oberleutnant Schulz kam alle vierzehn Tage zur Inspektion. — Vorf.: Sind Sie mit Oberleutnant Schulz in Gröschkes Zelle gewesen? — Angell.: Das mag sein, ich will es nicht bestritten. — Vorf.: Wann erfuhr Sie denn, daß Gröschke in seiner Zelle geschlagen worden ist? — Angell.: Erst nach seinem Tode. Ich bestreite ferner, den Befehl gegeben zu haben, daß die Tür zum Arreststall offen bleibe, damit jeder zu Gröschke hinein könne.

Auf Befragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Weßling, schilderte der Angeklagte Raphael dann weiter die Ereignisse am Tage vor der Ermordung Gröschkes. Am Mittag sei ein Auto gekommen, in dem Erich Klapproth, Willi Klapproth und Glaser gefahren. Der Wagen kam von Küstrin, Willi Klapproth und Glaser sind von Küstrin überwiesen worden, weil sie dort eine dienstliche Vernehmung begangen hätten. — Vorf.: Sie hatten sich auf der Bahn verspätet und es war Ihnen deshalb eine Bestrafung angedroht worden. Sie haben doch nun aber gar keine Strafwahl über die beiden gehabt. — Angell.: Doch, sie waren meiner Abteilung überwiesen worden und ich teilte sie sofort der R.E.A. zu. Da sie mir nun unterstanden, habe ich beide auf Strafwahl geschickt. Am Nachmittag hat uns dann Erich Klapproth mit dem Auto nach Küstrin zu den Kriegsspielen gefahren: Ich fragte ihn, ob er uns abends auch wieder nach Fort Gorgast zurückbringen könne, denn ich lief das Fort nicht gern allein, ohne einen Offizier. Es war schon ein paar-mal vorgekommen, daß die Leute sich in einem solchen Falle ausgetobt hätten, daß sie mit Handgranaten schiessen und in Räuberzivil die Gegend unsicher machten. Erich Klapproth sagte mir, er habe abends noch zu tun, denn er müsse laut Befehl den Gröschke zusammen mit Büsching nach Frankfurt bringen, wo die Angaben des Gröschke nachgeprüft werden müßten. Ich schenkte dieser Meldung Glauben und fuhr abends nach Gorgast zurück. Als ich dort ankam, sah ich, daß zwei Leute, es waren Büsching und Klapproth, dort herum liefen.

Ich verfolgte sie und sah gerade, wie sie in die geöffnete Zelle Gröschkes hineingingen. Die Zelle war nur halbverriegelt und ich sah, daß Büsching mit wackerem Gesicht vor Gröschke stand und eben mit einem schweren Instrument zu einem Schlage gegen Gröschke ausholte. Ehe ich zusehen konnte, fiel Klapproth dem Büsching in den Arm, etwa mit den Worten: „Lass das gefälligst sein.“

Auf weitere Vorhaltungen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, er habe in der Zelle des Gröschke zuerst den Eindruck gehabt, als ob Büsching ihn gleich niederschlagen wollte, dann aber, als ob Büsching sich beruhigt hätte und als ob es sich nur um eine momentane Aufwallung gehandelt habe. Vorf.: Früher haben Sie gesagt, Sie hätten einen Nord damals auch nicht verhindern können, wenn Sie es gewollt hätten. Angell.: Ich hätte

ja keine Waffen bei mir und Büsching hätte mich daher gleich erledigt. In Küstrin hat Büsching einmal den Revolver auf mich angelegt, und er würde geschossen haben, wenn Klapproth sich nicht dazwischen geworfen hätte. Vor Wut hat Büsching dann wie ein Wahnsinniger aus dem Fenster geschossen. Vorf.: Das war ja ein ganz gefährlicher Mensch, der so gegen seine Offiziere vorging. Angell. Klapproth: Das war etwa zwei bis drei Wochen vorher (achtelzuehnt). Wenn Büsching betrunken war, dann war er ganz unvernünftig, sonst hatte er manchmal ganz vernünftige Momente. (Heiterkeit.) Angeklagter Raphael: Büsching wollte ja auch einmal den Oberleutnant Vogel, seinen Vorgefetzten, verhaften, so daß wir alle Vogel zur Hilfe kommen mußten. Vorf.: Hatten Sie denn nun aus irgendwelchem Grunde nicht den Rat, dem Oberleutnant Schulz entgegenzutreten, wenn Ihnen ein Befehl von ihm gegen den Strich ging? Angell. (zögernd): Das nicht, obgleich ich Zweifelheiten mit Schulz in Jüterbog gehabt hatte. Vorf.: Früher haben Sie gesagt, Schulz hätte Sie dauernd überwachen lassen, und Sie hätten aus diesem Grunde, wegen Ihrer eigenen Sicherheit Sie nicht gewagt, sich Büsching in der Sache Gröschke zu widersetzen. Das ist doch nun sehr merkwürdig. Bisher haben Sie immer behauptet, Büsching habe die Sache allein gemacht, in dieser Aussage haben Sie nun aber Schulz mit hineingebracht. Angell.: Das lag daran, daß der Untersuchungsdirektor hier zuerst immer mit Büsching und Klapproth, die er die Schlichter nannte, auch Schulz in Zusammenhang brachte. Oberleutnant: Die Sache war anders. Raphael hat in Jüterbog Untersuchungen begangen, und zwar soll er Heeresgut zusammen mit Wegner (dem ebenfalls ermordeten Wachmeister) verschoben haben. Deswegen hat ihm Schulz misstraut. Vorf.: Das würde doch nun aber dafür sprechen, daß Raphael gerade bei einer Sache des Schulz nicht mitgemacht haben würde. Oberleutnant: Nein, im Gegenteil, Schulz hatte ihn in der Hand.

Der Vorsitzende machte dann den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er seine erste Aussage vor dem Untersuchungsrichter, in der er die Kenntnis des Nordes an Gröschke und alle sonstigen Vorgänge bestritt, bestritten habe, worauf die Meinschuld anklage basiere. Der Angeklagte Raphael bemerkte hierzu, daß er befürchte, wenn er die Wahrheit sage, würde die Justizbehörde sofort eingreifen und in Küstrin alles aufdecken.

Vernehmung von Schulz.

Hierauf wurde dann Oberleutnant Schulz vernommen, der einleitend erklärte, er wolle sich zu der Verhandlung Gröschkes äußern, da er erst später auf seine Aufgaben zurückkommen werde. Schulz erklärte, daß er ebenfalls, wenn der Fort Gorgast besichtigt habe, sich sofort zu dem Fortkommandanten begeben und mit ihm und den anderen Offizieren die laufenden Arbeiten durchgesprochen hätte. Ferner betonte Oberleutnant Schulz, daß Büsching von ihm nicht etwa erst nach Fort Gorgast geschickt worden sei, als Gröschke dorthin gebracht wurde, sondern daß schon drei Wochen vorher Büsching als Sportlehrer dort tätig gewesen sei.

Vorf.: Herr Schulz, Sie haben sich bisher nur ganz allgemein zu Ihrer Stellung geäußert und auch zu den Arbeitskommandos. Vielleicht gehen Sie auf die Dinge nochmal etwas ausführlicher ein.

Angell. Schulz: Darauf werde ich auch einmal zurückkommen. Aber ich bitte, dazu die Deffenlichkeit auszusprechen, denn es handelt sich um wichtige Dinge der Landesverteidigung. — R.-A. Dr. Sad: Es soll bloß Klarheit geschaffen werden,

entweder ob der Reichswehrminister im Jahre 1922/23 seine Pflicht nicht getan oder ob er die Landesverteidigung an den Oberleutnant Schulz verpackt hat...

Vorf.: Darüber werden wir ja noch Zeugen hören. — R.-A. Dr. Sad: Der Angeklagte Schulz ist ja seit Jahren mit Dreck beworfen worden. Ich bitte das Gericht, den Amtsgerichtsrat Bild aus Ober-Schlössen zu laden, da er über die Entwicklung der Selbstschutz in den Grenzschutzverbänden eine genaue Schilderung geben kann. Ich halte es für notwendig, damit hier einmal dargelegt wird, daß diese Selbstschutz, die jetzt hier zur Anklage steht, damals die Deckung der zuständigen Stelle hatte.

Erste Vorhaltungen für Schulz.

Nach einer kurzen Pause wandte sich der Vorsitzende nochmals mit folgenden Worten an Schulz: Erlauben Sie mir, daß ich Sie noch einmal darauf hinweise, daß Sie mit allem, was Sie persönlich und im Interesse der Landesverteidigung geleistet haben, doch nicht um den Kern der Sache herumkommen. Angesichts des schweren Verdachtes, der auf Ihnen ruht, muß ich Ihnen ganz offen vorhalten, daß Gröschke heimlich umgebracht ist, und zwar von Büsching und Klapproth, daß diese beiden sich über ihre Offiziere hinweggesetzt haben, daß Büsching und Klapproth zu Ihrer besonderen Verfügung gestanden haben, daß Sie, der Leiter der ganzen Organisation, nichts davon erfahren, aber hinterher gesagt haben, daß es richtig gewesen wäre. Ich frage Sie: Sind Sie sich nicht dessen bewußt, daß solche Entgleisungen und Verbrechen, wie sie Gröschke begangen haben soll, immerhin vorkommen konnten. Waren Sie entschlossen, Vorkehrungen zu treffen, um solche Fälle in einer Weise zu verhindern, die der Ordnung des Kommandos entspricht, oder sollte es nach Art des Ober-Schlössen Grenzschutzes geschehen? Haben Sie eine gerichtliche Prüfung angeordnet, oder war es wirklich möglich, daß jener Mann von einem Menschen hinterücks befeitigt werden konnte, ohne daß ein Offizier oder ein anderer gefragt wurde, nur weil gerade dieser die Reizung dazu hatte? (Mit erhobener Stimme): Und wenn Sie das Vaterland dreimal gerettet haben, Herr Oberleutnant Schulz, dazu müssen Sie Stellung nehmen! (Große Bewegung.)

„Arbeiterverrat“?

Ein Nachwort zu den gestrigen Stadtratwahlen.

Von Dr. Richard Bohmann.

Vor zwei Jahren hat die kommunistische Fraktion des Berliner Rathauses durch den von ihr mitbeschlossenen Abbau dreier sozialdemokratischer Stadträte die bürgerliche Mehrheit im Magistrat geschaffen. Gestern ist diese bürgerliche Mehrheit beseitigt — gegen die kommunistische Fraktion, die die Wahl mit allen „parlamentarischen“ Mitteln zu verhindern suchte. Damit hat die Sozialdemokratie — wenn man von den Begleitumständen, die die widerliche Form der kommunistischen Obstruktion notwendig herausbeschwor, zunächst einmal abieht — einen ihrer größten politischen und taktischen Erfolge seit der Revolution errungen. Doppelt erfreulich durch die volle Einmütigkeit, Geschlossenheit und Selbstdisziplin der sozialdemokratischen Fraktion, die die Wahl ihrer Leute erzwang, während kleinlichste Eifersüchtelei der bürgerlichen Mittelparteien dann die Wahl ihres eigenen Mannes unmöglich machte.

Wie ist es zu diesem Erfolge gekommen?

Als die vier Stellen im Magistrat vakant waren, beauftragte die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterhändler, zunächst mit der kommunistischen Fraktion über ein gemeinsames Vorgehen bei der Wahl zu verhandeln. Wir haben die Kommunisten keinen Augenblick darüber im Zweifel gelassen, daß ein taktisches Zusammengehen bei der Wahl selbstverständlich auch politische Folgen haben müsse, daß ein von beiden Parteien gemeinschaftlich gebildeter Magistrat auch vom Vertrauen dieser Parteien getragen und durch verantwortungsbereite, positive politische Arbeit dieser Parteien gestützt werden müsse. Er war von vornherein verdächtig, mit welchem Eifer die Kommunisten bereit waren, den Kämmerer uns zuzubilligen. Nach ihrer bisherigen politischen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie lag die Vermutung nahe, daß sie den sozialdemokratischen Kämmerer in den Magistrat hineinanzulieren wollten, um nachher auf seinem Rücken das Holz ihrer Agitation gegen die Sozialdemokratie hacken zu können. Es wäre natürlich vollkommen untragbar gewesen, den Kämmerer mit Hilfe der Kommunisten zu befehlen und nachher bei der Bewilligung des Etats die Hilfe bürgerlicher Parteien gegen die Kommunisten erbetteln zu müssen.

Insbesondere haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß die fleghafte Agitation gegen die Sozialdemokratie im Rathaus während der Verhandlungen und nachher unter allen Umständen unterbleiben müsse.

Die Kommunisten forderten zunächst für sich den Stadtschulrat. Die Fraktion lehnte das ab — außer allgemeiner politischer und kulturpolitischer Gründen aus der Erwägung heraus, daß die Partei es nicht tragen könne, wenn der Beseß, von dem die Kommunisten unseren Stadtschulrat, den Genossen Paulsen, mit Fußtritt hinuntergeworfen hätten, nun mit einem Kommunisten besetzt würde. Die Kommunisten forderten daraufhin wieder, wie bereits im Anfang der Verhandlungen, zwei Posten von den vier für sich. Auch das lehnte die Fraktion natürlich ab. Schließlich erklärten sie sich auch bereit, mit dem politischen Stadtrat allein für sich zu nehmen.

Während diese Verhandlungen geführt wurden, oft in denselben Minuten, schickten die Kommunisten im Rathauslaale ihre wüsten Redner gegen uns vor, die unsere Fraktion in der niederträchtigsten und fleghaftesten Weise anpöbelten. Alle Vorstellungen und Einwände gegen ein solches ganz unmögliches Verhalten inmitten von Parteiverhandlungen fruchteten nichts. Es folgte der Höhepunkt, auf dem die Kommunisten unsere Genossen im Sitzungssaal zum Beweis der Einheitsfront mit Ohrfeigen traktierten.

Dazu kam plötzlich die Forderung von „acht Punkten“, die unsere Kandidaten unterschreiben sollten. In keinem Stadium der Verhandlungen war von dem kaudinischen Joch solcher kommunistischen „Punkte“ auch nur ein Sterbenswörtchen gefallen.

Aus alledem ging ganz unzweifelhaft hervor, daß die Kommunisten es mit dem Zusammengehen unmöglich ehrlich meinten und nur wieder nach der „Einheitsfront“ riefen, um eines ihrer „Entlarvungsmanöver“ dabei anzubringen.

Die Fraktion beschloß darauf einmütig, diese Verhandlungen, die mit der Ehre und Selbstachtung der Partei nicht länger verträglich waren, abzubrechen. Auch nicht ein einzige Stimme erhob sich für ein weiteres Partieren.

Es blieb nun nur noch der Weg zu Verhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien, wenn wir nicht die bereits deutlich erkennbare Gefahr eines Bürgerblocks herausbeschwören wollten. Der seine sämtlichen Kandidaten bei der selbstverständlichen Stimmenthaltung der Kommunisten ohne jede Schwierigkeit hätte durchbringen können. In diesen Verhandlungen ist es nach langem Hin- und Her und unter voller Einsetzung aller politischen und außerpolitischen Trümpfe gelungen, die Zustimmung zur Wahl der drei sozialdemokratischen Kandidaten — genau wie bei den Verhandlungen mit den Kommunisten — durchzusetzen.

Um die Bedeutung dieses Erfolges voll zu ermessen, muß man bedenken, daß erstlich dadurch mit den Stimmen bürgerlicher Parteien die bürgerliche Mehrheit im Magistrat beseitigt worden ist (auch bei der Wahl eines bürgerlichen Räumers stehen 12 gegen 12 Stimmen), daß zweitens das Zentrum nicht gegen einen sozialdemokratischen Schultat gestimmt hat, daß drittens die Demokraten gegen ihren eigenen Bauratskandidaten und viertens alle Parteien gegen ihre eigenen Stadtschulratskandidaten stimmen mußten. Wenn alles das — was Zweifler noch am Abend der Abstimmung für unmöglich hielten — tatsächlich geschehen ist, wie das Wahlergebnis beweist, so zeigt dies besser als alle Worte, welche Stellung sich die Sozialdemokratie durch ihre konsequente und verantwortungsbewusste Politik im Rathaus errungen hat.

Die Volkspartei ist übrigens, wie schon die Abstimmungsziffern zeigen, dem Kompromiß nicht beigetreten, so daß sich das Lügengewebe der „Roten Fahne“ vom Popanz einer „Großen Koalition“ von selber richtet.

Den Kammereinstößen hat die Fraktion für einen Linksdemokraten und entschledenen Republikaner freigegeben, nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, daß der Leiter der Finanzen in der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Situation für jede Partei eher eine parteipolitische Belastung als eine politische Machtposition darstellt. Die Mittelparteien haben sich, wie das Wahlergebnis ausweist, bisher noch nicht über einen gemeinsamen Kandidaten einigen können.

So ist es dahin gekommen, daß gestern nur die drei Posten besetzt worden sind, die die bürgerliche Majorität beseitigen, daß nur drei Sozialdemokraten endgültig gewählt sind.

Und dieses Ergebnis ist der „Arbeitererrat“ der „Roten Fahne“ und der geschwollenen kommunistischen Erklärung. Um dieses Ergebnis zu verhindern, haben die Kommunisten Bauen und Hupen und Waldtaufel in den Sitzungssaal geschleppt. Um dieses Ergebnis zu verhindern, haben sie abermals das bedauerliche Schauspiel heraufbeschworen, daß Schupo in den Parlamentsaal geholt werden mußte, haben sie geschrien, getobt und geprügelt. Gegen dieses Ergebnis rufen sie heute die „Massen“ heraus zur Protestkundgebung!

Aber noch ein Ergebnis haben die Vorgänge bei der Wahl gezeigt, nämlich dieses: daß mit dieser kommunistischen Fraktion, deren einsichtige und verständige Mitglieder sich niemals in irgendeiner wichtigen Situation gegen die Schreier und Ständalmacher durchsetzen können, eine gemeinsame Politik im Interesse der schaffenden und notleidenden Massen Berlins schlechterdings nicht zu machen ist. Wer es noch nicht gewußt hat, dem sind gestern Abend endgültig die Augen geöffnet worden. Denn das, was die Kommunisten gestern Abend versucht haben, was ihnen aber erfreulicherweise nicht gelungen ist, die Zerschlagung der bürgerlichen Mehrheit des Magistrats zu verhindern, die Wahl dreier sozialdemokratischer Magistratsmitglieder zu verhindern und ihre Sitze den Bürgerlichen in die Hände zu spielen, das war in der Tat Arbeitererrat in der schlimmsten möglichen Form!

Das Kommunistenblatt verschweigt . . .

Die rüben Szenen, die gestern von der kommunistischen Rathausfraktion aufgeführt wurden und das Eingreifen der Polizei notwendig machten, werden in der „Roten Fahne“ schamhaft verschwiegen.

Das Blatt, das sonst jede kommunistische Heldentat rühmend zu vergrößern sucht, verschweigt den kommunistischen Arbeitern mit nicht mißzuverstehender Eindringlichkeit, welcher Art die sogenannte „Obstruktion“ war, die ihre Rathausfraktion veranstaltete, verschweigt den Höllenspektakel mit Autohupen, Paukenböden, Tuten, Trillerpfeifen und anderen klangvollen Instrumenten, ver-

schweigt, daß ihre „Stadtdiener“ sogar auf die ihres Amtes waltenden Schupobeamten einschlugen, kurz: verschweigt die eigentlichen Heldentaten ihrer „Arbeitervertreter“.

Ist in der „Roten Fahne“ ein letzter Funke von Schamgefühl erwacht über die Burlesken, denen die kommunistischen Wähler ihr Vertrauen ausdrückten? Keineswegs. Dies planmäßige Verschweigen dient nur dazu, um die Rotwehraktion des Stadtparlaments desto unverschämter anzupöbeln, den sozialdemokratischen Stadtordnungsvorsteher zu beschimpfen und selbstverständlich die moskowitzischen Kabaubröder als verfolgte Unschuldengel hinzustellen.

Das Verschweigen wie die Worte sind gleich verlogen. Ebenso erkennbar verlogen wie die Behauptung des kommunistischen Abendblattes von gestern, der „Vorwärts“ habe die 15 Millionen Wähler, die beim Volksentscheid mit Ja stimmten, nachträglich als — Blöden bezeichnet. Da von den 15 Millionen der weitaus größere Teil sozialdemokratische Wähler waren, so wird uns unterstellt, unsere eigenen Parteianhänger als Blöden bezeichnet zu haben. Diese Unterstellung ist so dumm, daß man schon Dauerleser der Moskauer Abfallprodukte sein muß, um sie zu glauben.

Deutschnationaler Sinn und Unsinn.

Sergt und Stresemann.

In Liegnitz hielt gestern Abend Hergt eine Rede, in der er sagte:

Die Deutschnationale Volkspartei treibe praktische Politik und dränge sich dazu, praktisch mitarbeiten zu können. Es sei die Tugend des deutschen Volkes, daß acht Jahre nach der schwersten Zeit, alle, die hinter der Partei ständen, an der deutschen Politik nicht mithelfen könnten. Die Erfüllungspolitik der Vergangenheit mit ihren furchtbaren Folgen liege weit hinter uns. Die andere Tugend des deutschen Volkes sei, daß durch die verfehlte Außenpolitik, die die Politik der Sozialdemokratie gewesen sei, auch die Innenpolitik zum Nachteil des deutschen Volkes beeinflußt worden sei. Die Entwicklung der letzten Monate gebe, so eigenartig es auch erscheinen möge, die Hoffnung, daß es doch zu einem Verstoß komme. Locarno habe trennen müssen, aber Thoiry, das nicht für sich allein betrachtet werden könne, biete Möglichkeiten eines gemeinsamen, von deutschnationalem Sinne durchtränkten Zusammengehens.

Zu gleicher Zeit richtete der erkrankte Dr. Stresemann an seinen Parteifreund Kaiser in Dresden einen Brief, in dem er u. a. ausführte:

Es schmerzt mich um so mehr, in Dresden nicht sprechen zu können, als ich dadurch auch der Möglichkeit verlustig gehe, all dem Unsinn entgegenzutreten, der jetzt über die Außenpolitik gesagt wird. Was soll das heißen, wenn von einem deutschnationalen Abgeordneten davon gesprochen wird, daß „der Glaube an eine internationale Interessensolidarität der Völker und der Wirtschaft eine Auffassung sei, die womöglich noch verhängnisvoller sei, als der marxistische Irrtum einer internationalen Interessensolidarität der Arbeiterschaft“. Ist denjenigen, die etwas derartiges sagen, nicht bekannt, daß das internationale Eisenkartell der deutschen Großindustrie in Frankreich, Belgien und Luxemburg keine Entstehung einem deutschnationalen führenden Manne der Wirtschaft, wie Frh. Thyssen, mitverdankt? Weiß man nicht, daß das internationale Kartell von Persönlichkeiten abgeschlossen worden ist, die nur rechtsstehenden Kreisen angehören?

Stresemann erklärt also den „deutschnationalen Sinn“, mit dem Hergt die Außenpolitik durchtränken will, für Unsinn. Dieses harte Urteil trifft auf die Liegnitzer Rede Hergts ebenso zu wie auf die Dresdener Rede des Herrn Trepiranus.

Hergt sagt, die Erfüllungspolitik liege weit hinter uns. Dabei hat die Erfüllungspolitik doch erst dadurch den richtigen Schwung bekommen, daß die Deutschnationalen zu 50 Proz. für die Annahme des Dawes-Pakts stimmten.

Hat die Erfüllungspolitik „furchtbare Folgen“ — in Wirklichkeit war sie das einzige Mittel, um die furchtbaren Folgen der deutschnationalen Kriegspolitik zu mildern —, dann sind diese Folgen erst von Hergt selbst herbeigeführt worden in den Verhandlungen, die er seinerzeit mit Curtius über die Annahme des Dawes-Pakts führte.

Locarno lehnt Hergt ab, Thoiry akzeptiert er! Weiß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses nicht, daß die Loslösung Thoirys von Locarno ein vollkommener Unsinn ist?

Die Deutschnationalen wollen mit nationalistischen Phrasen, die für die Massen bestimmt sind, eine internationale Geschäftspolitik treiben. Wo materielle Interessen in Frage kommen — siehe Eisen und Kali! —, sind sie sofort für internationale Verständigung. Aber wo es gilt, die Massen zu betören, da schimpfen sie Frankreich den „Erbsind“.

Das ist eine Politik der Beute und des Volksbetrugs, die das ganze öffentliche Leben vergiftet. Wehe Deutschland, wenn seine äußere und innere Politik von diesem „Sinn“ durchtränkt würde!

Schweigen über Tirpitz.

Die Reichspresse sagt kein Wort — das Reichswehrministerium dementiert nicht.

Auf unsere Feststellung, daß Tirpitz amtliche Akten widerrechtlich benutzt und dann wieder in das Marinearchiv habe zurückgeschaffen lassen, herrscht verlogenes Schweigen auf der Rechten. Wie auf Verabredung wird totgeschwiegen, daß Tirpitz oder seine Helfershelfer amtliches Eigentum benutzt, zerschneiden wieder zusammengeleimt und so rechtzeitig in das Marinearchiv zurückgebracht haben, daß dieses die Reichsregierung über den wahren Tatbestand in die Irre führen konnte.

Nun schreibt uns Herr Widenmann, dessen Namen wir beifällig erwähnten, durch ein Rechtsanwaltsbureau folgende Berichtigung:

„Es ist unklar, daß ich Akten aus dem Amtsbezirk der Marineverwaltung oder einer sonstigen Behörde unter irgend einem Vorwande an mich genommen habe. Ich habe deshalb auch dem Großadmiral von Tirpitz Akten nicht zur Verfügung gestellt.“

Demgegenüber stellen wir von neuem fest, daß es uns auf die Person dessen, der Tirpitz die Akten verschafft hat, nicht, sondern nur darauf ankommt, daß Tirpitz Akten des Marinearchivs benutzt, sie wieder zurückgeschickt hat und das Marinearchiv, mit oder ohne Einverständnis des Reichswehrministers, diese für Tirpitz ungünstige Umstände verschwiegen hat.

Allen an der Hauptsache vorbeigehenden Dementis gegenüber stellen wir fest:

Auf unsere erste Mitteilung über den wahren Sachverhalt haben Tirpitz und das Reichswehrministerium ebenso wie über unsere geführte geschwiegen. Tirpitz hat mit keinem Wort bestritten, daß die Dinge sich so verhalten, das Reichswehrministerium hat es ebensfalls mit keinem Wort bestritten. Auf Tirpitz bleibt der Vorwurf haften, widerrechtlich Akten benutzt und gebraucht zu haben, auf dem Reichswehrministerium oder dem Marinearchiv bleibt der Vorwurf, die Reichsregierung irreführt zu haben.

Deutsch-polnisches Rechtsabkommen.

Regelung der Nachlaßfrage.

Am 27. Oktober wurden im Auswärtigen Amt ein deutsch-polnisches Nachlaßabkommen und ein deutsch-polnisches Vererbungsabkommen über Personenstandsregister unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung dieser beiden Abkommen können, wie die zuständige Stelle erklärt, die Arbeiten der Rechtskommission der deutsch-polnischen Wirtschaftsdelegation nach über drei Jahre dauernden Verhandlungen in der Hauptsache als abgeschlossen gelten; die der Kommission sonst überwiesenen Materialien sind bereits durch eine Reihe anderer Abkommen geregelt, die schon in Kraft getreten sind.

Die künstlerische Formgebung des Reiches

In der Wandelhalle des Reichstags sind die Entwürfe und Abbildungen ausgestellt, die das Arbeitsgebiet des Reichskunstwart's illustrieren.

Hier tritt man nun einmal mit ganzem Bewußtsein in die furchtbare Ueberlebensgröße der Wallotischen Kullissen aus Sandstein, und erschrickt. Weniger vor dem elastischen Pomp und der Leere dieser ohne alle Bezugnis für repräsentativ erklärten Architektur, deren bare Imitation man ja reichlich auch sonst deutsche Lande verpesten sehen kann, als vor dem Gedanken, daß in diesen Räumen die Politik eines Sechzigmillionenvolkes beglaubigt wird.

In diesen Hallen nun, Denkmal gefrorenen Duntels, steht der Reichskunstwart und erläutert die Dokumente seiner sechsjährigen Arbeit, die da in einem halben Duzend Kisten weislich und geschmackvoll aufgebaut sind. Man kann sich keine größeren Gegenstände denken, als diese neuartig hübschen Entwürfe von Flaggen, Reichsadlern, Stempeln, Briefmarken, Reibarten, Wappen, Schildern und Drucksachen, flankiert von Photographien der paar Reichsfestern und einigen Vorschlägen für das Reichschrenmal — und die himmelhohen Steinmäuren und Architrave, die mit einem grenzenlosen Hochmut auf den kleinmüßigen Einbruch in ihre traditionelle Unfehlbarkeit hinunterglohen. Sie sind die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: was kann ihnen dieser Versuch einer neuen Form anhaben! Die Herren, die hier zu kommunizieren haben: was sagen sie zu den schönen Worten und Briefmarken des Reichskunstwart's? Sie lachen darüber.

Armer Reichskunstwart! In den Ozean schiffte mit tausend Masten der Jüngling, anno 1920. Was bringt er nun, nach sechs Jahren — nicht etwa aus eigener Initiative, sondern auf allerhöchsten Wunsch des hohen Haujes selber, vor das so schön genannte Forum der breitesten Oeffentlichkeit?

Seine Schuld ist's wahrhaftig nicht, wenn die Kunstbeute so mager ausgefallen ist und er selber, der Freund und Protektor der aufrechten Künstlerjugend, immer wieder den ickischen Unterton schmerzlicher Enttäuschung muß durchklingen lassen.

Nein, Redselb trifft keine Schuld. Er hat sich überall um Aufnahme neuen Geistes und wahrer Kunst in den muffigen Bezirken des heiligen Bureaukratismus bemüht. Aber er war nur ein Einzelner und ein Künstlermensch dazu, der der glatten „Realpolitik“ und den verstockten Bonzen durchaus nicht gewachsen ist.

Der Altendekel-Pappmaché-Mensch unserer glorreichen Bureaukratie hat auch diesen ickischen Geist um alle Wirkung gebracht. Reden Sie nur, allverehrter Herr Reichskunstwart, lassen Sie sich vom Reichsminister „den Vorteil zielbewusster Arbeit“ innerhalb der aktiven Kunstbetätigung des Reichs“ beschreiben. Sie wissen es besser als wir, was hinter solchen Ministerialausdrücken steht. Und was nach abermals sechs Jahren siphphischer Anstrengungen aus Ihrem Bureau hervorgegangen sein wird.

Sie wollen es gar nicht wissen? Leider, leider ahnen wir Untergrübler es um so sicherer. Und wir wollen es Ihnen nicht oerenthalten:

Rechts. Dr. Paul F. Schmidt.

Bekämpfung der Syphilis.

Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt Prof. Erich Hoffmann, der als Mitarbeiter von Schaubdin zu den Entdeckern des Syphiliserregers gehört, einen Vortrag „Wie kann die Menschheit von der Heißel der Syphilis befreit werden?“. Er brachte in der Einleitung sehr ansehnliche Statistiken aus Belgien, England und Frankreich, ohne mit einem Wort Jöhlen aus Deutschland zu erwähnen. Seine Mitteilungen sind ohne jede Jahresangabe. So sterben in Belgien jährlich 15 000, in England 60 000 und in Frankreich 140 000 Menschen. Im legeren Lande sollen pro Jahr 190 000 Menschen neu angesteckt werden. In Paris soll jeder zehnte Einwohner syphilitisch sein und 40 Proz. der Krankenhausbetten an Lues leiden. In Belgien seien 22 Proz. der Bevölkerung syphilitisch. Wie gesagt, hat er keine Zahl über Deutschland gegeben.

Er zeigte dann einige Lichtbilder über das Vorkommen von Syphilis als Berufskrankheit bei Hebammen und Ärzten und stellte einen Fall vor, wobei sich ein Assistent eines Pathologischen Institutes nach vier Tagen an einer syphilitischen Leiche infiziert hat. Er betonte dann die hervorragenden Verdienste, die deutsche Forscher bei der Bekämpfung der Syphilis sich erworben hätten. Er nannte die Namen Wassermann, Ehrlich und Schaubdin, dann noch Meinecke und Sachs-Georgi, die eine der Wassermannschen ähnliche Wutreaktion gefunden haben. Er ging dann auf die Behandlung der Syphilis ein und zeigte sich als ein großer Anhänger des Salvarsan. Er bezeichnete das Salvarsan als das Heilmittel der Syphilis, das bei einer gleichzeitigen Benutzung von Bismuth sichere Heilergebnisse erzielen würde. Er führe in seiner Klinik in kurzen Abständen drei kombinierte starke Kuren aus. Dann ging er auf die Behandlung der Paralyse ein und teilte mit, daß Wagner von Jauregg in Wien als erster die Behandlung der Paralyse mit Malaria eingeführt habe.

Zum Schluß gab er einige Möglichkeiten an, die zu einer Eindämmung der Syphilis führen könnten. Als bestes Schutzmittel gegen eine Syphilis-Infektion bezeichnete er die Treue und dann den Gebrauch von Schutzmitteln. Er machte dann noch folgende Vorschläge zur praktischen Bekämpfung. Erstens eine gesetzliche Regelung, wie sie im Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgelesen sei und womit man in Dänemark und Schweden schon gute Erfolge erzielt habe. Zweitens eine systematische Untersuchung aller Gebärenden in Gebäranstalten und der Schwangeren in der Schwangerenfürsorge. So habe er im Jahre 1909 bei Untersuchungen in der Hebammen-Hehranstalt in Halle 20 Proz. der Gebärenden syphilitisch befunden. In Bonn seien es 1910 10 Proz. gewesen und diese Zahl sei nach dem Kriege auf 7 Proz. gefallen. Aus seinen Ausführungen mußte man entnehmen, ohne daß er es aussprach, daß er gegen die Einleitung des künstlichen Abortus sei und glaubt, durch seine starken Kuren zu vermeiden, daß das Kind syphilitisch erkrankt geboren würde.

Zum Schluß leistete er sich noch, wie es bei gewissen Untergrüblerpropheten leider unvermeidlich zu sein scheint, einige politische Entgegnungen, wenn er die Okkupation des Rheinlandes als die

„Franzosenkrankheit“ bezeichnet und glaubt, daß diese wie auch die Syphilis durch deutsche Arbeit bekämpft werden könne. Gerade bei einem Mitglied der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die als eine der wenigen Gesellschaften auch heute schon wieder die Beziehungen zu den Gesellschaften gleicher Tendenz in den alliierten Ländern aufgenommen hat, wird man durch eine solche Betonung sehr unangenehm berührt.

Dr. med. Robert Marg.

Zum Schund- und Schmutzgesch äußert sich Heinrich Mann folgendermaßen: „Das beabsichtigte Gesetz ist der überhaupt frechste und roheste aller dagesewenen Verluste, in das Leben des Geistes einzugreifen. Främenischen, Durchschnittsgestalten mit Halbbildung und Wertelosenvermögen werden in stand gesetzt, jedes beliebige Buch heimlich und ohne Möglichkeit eines Einspruches aus der Oeffentlichkeit verschwinden zu lassen. Das hat das Kaiserreich sich nie erträumt. Dafür mußte vor allem die Inflation kommen, die Masse der Intellektuellen mußte arm und dumm gemacht werden. Jetzt vergeht man sich unmittelbar an der Literatur, die keine natürlichen Verteidiger mehr hat. Eitliche Vorwände täuschen niemand. Es handelt sich im Gegenteil um tief unethische Interessen, die „untragbar“ finden, daß noch frei gegen sie geschrieben werden dürfen. Schändlicher Mißbrauch des Namens der Jugend, wenn doch nichts anderes bevorzucht, als eine den herrschenden Interessen verpflichtete Inbeg-Kongregation und die Abwürgung von Denk- und Dichtwerken im Keller!“ — Dr. Franz Dülberg: „Der Kampf gegen den Schund — bewußt übertreibende entstellende Darstellung von Lebensvorgängen — und gegen den Schmutz — anreizende Vorführung von Liebesgeschichten, die zum Mißbrauch eigener und fremder Sexualorgane verleiten könnte — vermag meines Erachtens mit hinreichender Kraft von den Erziehungsorganen, Elternhaus, Schule, Kirche, Partei, ärztliche Beratungsstelle, Volksbildungsanstalt, Presse, betrieben zu werden. Obgleich öffentliche Organe besitzen nicht die nötige Anpassungsfähigkeit, um Mißgriffe zu vermeiden. Unter „Schund“ kann jede imperamentvolle Romantik, unter „Schmutz“ jedes ethisch wertvolle erotische Bekenntnis, jeder Versuch zur Reform unserer Sexualisten angeprangert und in seiner Verbreitung beengt. Schließlich also unterdrückt werden. Das kostbare Gut des Deutschtums ist Vielgestaltigkeit und Freiheit der Lebensformen. Die Gefunden unter uns dürfen nicht Sklaven der Kranken werden, die durch irgendeine Nachdarstellung zu Untaten verleitet werden können.“ — Prof. Dr. Franz Dypenheimer: „So sehr ich die Verwirrung dieser Zeit bedaure, so sehr ich ihre Auswüchse erkenne: als ein viel größeres Unglück würde es mir noch erscheinen, dem Philister die Freiheit des geistigen Schaffens auszuliefern.“

„Teile Sozialistische Hochschule. Am 30. abends 7 Uhr, spricht Prof. Bruno Ruste, Köln, im Rahmen der „Arten Sozialistischer Hochschule“ über „Europa und die Weltwirtschaft“. Karten zum Preise von 0,50 sind in der Buchhandlung J. G. W. Dietz, Lindenstr. 2 und an der Abendkasse erhältlich.

Im Kaiser-Friedrich-Museum hält Dr. S. Daun, Dezerent für Kunst im Volksbildungsamt, am 31. abends 7, 10 Uhr, Vortrag über die Meisterwerke der niederländischen Malerei. Eingelassen im Museum erhältlich.

Das Verbot militärischer Verbände.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten.

Das „Reichsgesetzblatt“ vom heutigen Tage bringt an seiner Spitze folgende Verordnung des Reichspräsidenten:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung habe ich die Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände vom 24. Mai 1921 („Reichsgesetzblatt“ S. 711) auf.

Nach Aufklärung von zuständiger Seite hat diese Verordnung keineswegs den Sinn, das Verbot militärischer Verbände aufzuheben. Sie verfolgt vielmehr den entgegengelegten Zweck. In der Verordnung vom 24. Mai 1921 hieß es nämlich:

Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

Diese Verordnung konnte dahin ausgelegt werden und ist dahin ausgelegt worden, daß die Bildung militärischer Verbände mit „Genehmigung der zuständigen Dienststellen“ erlaubt sein solle, auch wenn sie mit dem Gesetz vom 22. März 1921 nicht im Einklang stehe. Dieses Gesetz zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages besagt, daß Vereinigungen, deren Zweck im Widerspruch zu jenen Artikeln stehen, aufzulösen sind und daß die Beteiligung an solchen aufgelösten Vereinigungen mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft wird. Dieses Gesetz bleibt ohne jede Einschränkung in Kraft. Es wäre daher falsch, anzunehmen, daß die Verordnung die Wirkung habe, bisher verbotene Verbände militärischer Art, wie Wiking und Olympia, wieder zu gestatten.

Soldatennaturen in der Politik.

Ein Urteil Posadowsky's.

Der alte Graf Posadowski hat sich selbsterweise zum „Deutschen Tageblatt“ des Herrn Wulle gestrichelt, um Proben seiner abgeklärten Lebensweisheit zu geben, die gerade in dieses Blatt am allergeringsten passen. Neuerdings beschäftigt er sich dort mit dem Falle Seekt, um zur Entschuldigung des Generals u. a. folgendes zu bemerken:

Im Heere wird befohlen und gehorcht; im täglichen Dienst ist alles klar begründet und begrenzt. Die Wege der Politik und ihres täglichen Kampfes liegen echten Soldatennaturen vollkommen fern; ihnen fehlt geradezu das Verständnis für die Wege dieses gefährlichen und tödlichen Irrgartens. Das sollte man bei der Beurteilung solcher Persönlichkeiten billigerweise in Betracht ziehen.

Schärfer kann man über den Politiker Ludendorff und die zahllosen kleinen Ludendorffe, die sich bei den Völkischen und Vaterländischen herumtreiben, nicht urteilen.

Mißstimmung in Schlesien.

Gegen die Vernachlässigung durch Berlin.

Breslau, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das sogenannte „Sofort-Programm“ der Reichsregierung für den deutschen Osten wurde gestern in einer erregten Kundgebung der Breslauer Stadtverordnetenversammlung scharf kritisiert. Ein sozialdemokratischer Antrag, der im Laufe der Verhandlungen einstimmig Annahme fand, verlangt bessere Berücksichtigung Niederschlesiens in den Zuschüssen für Gesundheitspflege, Wohnungsbau, Wohlfahrtspflege und Jugendpflege, da gerade die niederschlesischen Industriebezirke, Breslau, Waldenburg und gewisse Grenzgebiete unter der gegenwärtigen Wirtschaftslage und dem Vorkrieg mit Polen besonders schwer leiden. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Genosse Macho wies darauf hin, daß von den 32 Millionen, die die Reichsregierung im „Sofort-Programm“ bewilligt hat und die sich auf vier Provinzen verteilen sollen, Niederschlesien mit seinen 600 Kilometern Auslandsgrenzen nur etwa zwei Millionen erhalten soll; von den Wohnungsgeldzuschüssen bekommt Breslau, die weitaus am engsten bebauten Großstadt des ganzen Reiches, nicht einen Pfennig, ebenso von den Zuschüssen für Theater und andere kulturelle Einrichtungen, obwohl die Breslauer sehr hochstehenden Theater insolge schwerster Wirtschaftslage trotz größter Sparsamkeit von der Schließung bedroht sind. Oberbürgermeister Dr. Wagner unterstrich diese Ausführungen und dankte der Sozialdemokratie für ihren Vorstoß, wobei er besonders auf die zunehmende Tuberkulose infolge der schweren Wohnungsnot in der Provinz Niederschlesien hinwies. Er protestierte dann gegen neu angekündigte Abbaumassnahmen der Reichsbahn für Schlesien. Diese würden seiner Meinung nach wiederum Arbeiterkategorien treffen, die sozial mit am meisten darunter leiden, weil sie anderweitige Einstellung nicht erwarten können. Die Abänderungsanträge der bürgerlichen Parteien im Reichstag zum Ostprogramm hoben in Schlesien lebhaftesten Bedenken ausgedrückt, da befürchtet wird, daß eine Erhöhung der Kredite für Privatfirmen mit einer Herabsetzung der Zuschüsse für Verwaltungsmassnahmen verbunden sein muß. Von keiner Seite wird in der niederschlesischen Öffentlichkeit Kritik an den erheblichen größeren Zuschüssen für Ostpreußen und Oberschlesien geübt, deren Not durchaus anerkannt wird; doch führt die Vernachlässigung Niederschlesiens allmählich zu einer tiefen und erbitterten Verstimmung gegen die Berliner Zentralstellen.

Das Vertuschungssystem von Hannover.

Typhusepidemie und Presse.

Hannover, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Sitzung der städtischen Kollegien am Donnerstag, die erst auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion angefangen worden war, kam es wegen der Typhusepidemie zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der deutschnationale Oberbürgermeister Dr. Menge teilte mit, daß bis heute etwa 2000 Typhuserkrankte und 250 Tote zu verzeichnen seien; die letztere Zahl beweise die Schwere der Epidemie, die jetzt aber stark zurückgehe. In dem staatslich-jüdischen Gutachterauschuß sei die Auffassung über die Ursachen der Epidemie auch heute noch geteilt. Dann griff der Oberbürgermeister sowohl die auswärtige als auch die hiesige Presse, und zwar ohne jeden Unterschied, auf das Schärfste an, weil, wie er sagte, die Presse die Öffentlichkeit fortgesetzt falsch informiert habe. Besonders scharf wandte er sich gegen unser Parteiblatt. Der „Volkswille“ hat allerdings der Stadtoberverwaltung stets einwandfrei nachgewiesen, wie sehr sie gefehlt habe und wie erst durch die

Schweigekartell des Magistrats die Öffentlichkeit in starkem Maße beunruhigt worden war. Der von der Stadt bestellte Gutachter Dr. Jürgens hielt über seine bisherige Untersuchung einen Vortrag, in dem er zum Ausdruck brachte, daß besonders die unhygienischen Verhältnisse im Kanalisations- und Wohnweien einzelner Stadtteile zur großen Ausbreitung der Epidemie beigetragen haben. Vom sozialdemokratischen Redner wurde bemängelt, daß in der Sitzung nur ein einseitiges Gutachten abgegeben worden sei. Der Oberbürgermeister habe selbst Schuld daran, wenn die Öffentlichkeit falsch informiert worden sei. Die Politik des Vertuschungsspiels mußte den Eindruck hervorrufen, als wenn die Behörden vertuschen wollten. Der Rechtsblock unterstützte natürlich die Haltung der Stadtoberverwaltung in allen Fragen. Es kam zu vielen Zusammenstößen zwischen rechts und links. Schließlich wurde der Aufnahme einer Anleihe von sieben Millionen Mark für die Kanalisation zugestimmt und weitere zwei Millionen Mark zur Deckung der durch die Typhusepidemie entstandenen Ausgaben bewilligt. Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt.

Die Erwerbslosenfrage.

Verhandlungen mit der Sozialdemokratie.

Das Reichskabinett hat heute vormittag im Anschluß an die gestrige Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Erwerbslosenfrage beraten. Danach empfängt der Reichskanzler im Beisein der Reichsminister für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit zunächst die Vertreter der Sozialdemokratischen und darauf die der Deutschnationalen Partei.

Locarno in der Reichskonferenz.

Nur Australiens und Neuseelands Vertreter für Ratifizierung.

London, 29. Oktober. (E.P.) Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge bestehen auf der britischen Reichskonferenz noch Meinungsverschiedenheiten über die Locarno-Verträge. Die Premierminister von Australien und von Neuseeland wollen ihren Parlamenten die Ratifizierung vorschlagen, wobei mit ernster Opposition nur im australischen Parlament zu rechnen ist. Die Premierminister von Kanada und Südafrika sowie der Vertreter des irischen Freistaats verhielten sich trotz aller Ueberredungsversuche ablehnend.

Die Diskussion hätte klar ergeben, daß das „Foreign Office“ in Zukunft derartige Separataktionen, wie die von Locarno, nicht wieder vornehmen dürfe, da sie zur Stärkung der Unabhängigkeitsbestrebungen in den Dominions beitrüge.

Diese Mitteilung stammt aus den Delegationen der Dominions, die über das selbständige Vorgehen des Londoner Außenministers verärgert sind und sich weigern, sich den Bündnispflichten Englands aus dem Vertrage von Locarno anzuschließen. Demgegenüber gibt das Bureau Reuter folgende, vom englischen Außenminister inspirierte Darstellung:

Die Besserung in den internationalen Beziehungen Europas im Vergleich zu den Verhältnissen, wie sie der Reichskonferenz von Lord Curzon vor drei Jahren auseinandergesetzt wurden, sei allgemein anerkannt. Unter diesen Umständen sei es nicht überraschend, daß die Dominions die Locarnopolitik billigen. In diesem Zusammenhang könne gesagt werden, „daß, welche Entscheidungen auch immer schließlich bezüglich des formellen Beitritts der Dominions zum Pakt getroffen würden — eine Frage, die von den in Betracht kommenden Parlamenten noch nicht erörtert worden ist, und schließlich von ihnen geregelt wird —, es eine feststehende Tatsache sei, daß die Politik von Locarno, über die die Ueberseeregierungen in jedem Stadium der Verhandlungen telegraphisch unterrichtet wurden, durch die Premierminister der Dominions von ganzem Herzen unterstützt werde.“

Die britische Reichsluftfahrt.

London, 29. Oktober. (W.Z.) In seiner bereits kurz gemeldeten Rede in der Sitzung der Reichskonferenz, in der die Frage der Reichsluftverbindungen vom Standpunkt der zivilen Luftfahrt besprochen wurde, hob der Minister für Flugwesen, Hoare, hervor, daß die zivile und die militärische Seite der Frage unzertrennlich miteinander verbunden seien und daß der Ausbau der Reichsluftlinien mittels Flugzeuges oder Luftschiffes eine der lebenswichtigsten Fragen der Reichsoverteidigung darstelle. Kein technischer Grund verhindere, mittels Flugzeuges oder Luftschiffes die entferntesten Städte und Gebiete des Reiches von London aus innerhalb von zwei Wochen zu erreichen. Kein technischer Grund verhindere die Reise nach Kanada auf 2½ Tage nach Indien auf 5 Tage, nach Kapstadt auf 6 Tage, nach Australien auf 6 Tage und nach Neuseeland auf 13 Tage zu vermindern. Hoare schlug die Schaffung von zwei Luftfahrerverbindungen vor, die erste nach dem Fernen Osten und Australien und die zweite nach Kapstadt. Er erklärte, alle Reichsteile hätten nicht die Mittel, um die hohen Kosten einer Luftverbindung nach Signapore oder Kapstadt allein übernehmen zu können. Wenn daher diese Verbindungen zustande kommen sollten, so müsse jedes auf der Konferenz vertretene Gebiet dazu beitragen. Zur Frage der Reichs-Luftschiff-Verbindungen übergehend, erklärte Hoare, die Luftferntreife würden von Luftschiffen ohne Zwischenlandung zurückgelegt werden. Die beiden Luftschiffe, die England baue, müßten mit einer Normalkraft und 100 Passagieren in der Lage sein, ohne Betriebsstoffergänzung bei gutem Wetter eine Entfernung von etwa 4000 Meilen zurückzulegen. In einem Jahre müßten die beiden Luftschiffe fertiggestellt sein.

Hoare trat für die Abhaltung einer zwischen dieser und der nächsten britischen Reichskonferenz liegenden Reichsluftkonferenz in einem geeigneten Mittelpunkt des Reiches ein, auf der besonders die Frage der Bildung einer oder mehrerer Gesellschaften zur Einrichtung von Luftschiffen erwogen werden soll. Augenblicklich sei England in Entwicklung von Luftschiffen jeder andere Nation voraus und habe die Möglichkeit, innerhalb des Reiches eine Luftschiffindustrie und die ersten Luftschifflinien zu schaffen. Er ersuchte zum Schluß die Dominions um Unterstützung bei diesem Plan. Wenn er erfolgreich sei, so könne er vielleicht dem Reich eine physische Einheit geben, wie es sie niemals zuvor besessen habe. Er erklärte, bisher habe die Erfindung des Fliegens dem britischen Reiche und der Welt mehr Schaden als Nutzen gebracht. Das Flugzeug, das Symbol der furchtbaren Methoden moderner Kriegführung, habe die Küsten Großbritanniens zum erstenmal seit Jahrhunderten für einen Angriff von außen verwundbar gemacht. Es habe die Staatsausgaben vermehrt und fast jedes Verteidigungsproblem verwickelter gestaltet. Man müsse versuchen, diese Schäden wieder aufzuwiegen, indem man durchzusehen suche, daß das Flugzeug nicht nur für Zwecke der Zerstörung, sondern auch des Friedens und der Wohlfahrt benutzt wird.

Deutsch-englische Wirtschaft.

Neue Besprechungen der Industrieverbände.

London, 29. Oktober. (E.P.) Unter Bezugnahme auf eine Berliner Meldung, daß der britische Industrieverband den Reichsverband der deutschen Industrie zur Einsetzung seines Vorstandes nach England eingeladen habe, teilt der englische Verband mit, daß es sich keinesfalls um die Fortsetzung der in Rom am vergangenen Industriebesprechungen, sondern um eine Informations-sitzung handele, wie eine solche zwischen den Verbänden bereits vor längerer Zeit in Berlin stattgefunden habe. Ueber den Zeitpunkt und über die Tagesordnung der Zusammenkunft könnten noch keine Angaben gemacht werden.

Die Arbeiterpartei nimmt teil.

Vor der Sozialistenkonferenz.

London, 29. Oktober. (W.Z.) „Times“ berichtet: Die britische Arbeiterpartei hat die Einladung der deutschen sozialdemokratischen Partei angenommen zu einer Zusammenkunft zwischen Vertretern der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens zwecks Erörterung der Frage, wie eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, wie sie von Brand und Stresemann in Thoiry erwogen wurde, am besten gefördert werden könne. Die Zusammenkunft werde in Luxemburg stattfinden. (Der Zeitpunkt der Konferenz liegt noch nicht fest.)

Kulturbild aus Ungarn.

Klassische Begründung eines Versammlungsverbots.

Besser als durch langatmige Schilderungen werden die politischen Zustände in Ungarn durch das folgende Dokument charakterisiert, das zwar einige Monate gebraucht hat, um zu uns zu gelangen, aber unterwegs von seiner Frische nichts verloren hat:

„Zahl 624/1926. Vom Oberstuhlrichter des Sziraker Kreises. Gegenstand: Besuch der Böringer Einwohner Josef Gant und Genossen betr. die Bewilligung einer am 7. März in Böringz geplanten Versammlung politischer Tendenz.“

Befehl: Ich nehme die Anmeldung nicht zur Kenntnis und verbiete die Abhaltung der geplanten Versammlung. Weil die Gesuchsteller ohne Ausnahme Landwirte, resp. landwirtschaftliche Tagelöhner sind, welche Gesellschaftsrichtungen in Böringz bereits eine gegründete und wirkende Interessenvertretung besitzt, und zwar wirkt dort bereits seit vier Jahren eine Ortsgruppe des „Landesverbandes der Landarbeiter Ungarns“. Diese Interessenvertretung muß die wirtschaftlichen Bestrebungen der Klassengruppen mit landwirtschaftlicher Mentalität beschreiben, und so sind die Versuche der nur im Trüben fischen wollenden unter jüdischer Leitung stehenden Sozialdemokratischen Partei bei der nächstern und patriotischen Landwirteklasse meines Bezirks ganz überflüssig; deren Operationsgebiet ist die Industriearbeiterschaft (!!) aber nicht die Landwirteklasse, an die sie sich heranmachen will. Diese Versuche der Sozialdemokratischen Partei sind in Böringz nicht neu. Wie die Hyäne schleicht sie aus ihrem finsternen Loch, sobald sie glaubt Beute zu finden. Sie will eine Versammlung politischer Tendenz abhalten, da die politische Atmosphäre des Landes gespannt ist, offenbar in der schmutzigen, vaterlandsverräterischen Absicht, Bewirtung und Unruhe anzustiften auch dort, wo Ruhe, Ordnung, Zufriedenheit herrscht.

Die mit der Schreibmaschine angefertigte Eingabe wurde nicht in Böringz hergestellt, was daraus festzustellen ist, daß an der Stelle des Datums zuerst „Szentsörincz“ geschrieben und dann ausgebessert wurde. Und die als Anmeldeur figurierenden Burschen sind sicherlich ungewohnte Werkzeuge der lichtscheuen internationalen Bande, die Unruhe stiften will.

Auf Grund all dessen bin ich nicht in der Lage, die Abhaltung dieser Versammlung bewilligen zu können. Gleichzeitig fordere ich die wahrhaftig irreführenden Anmeldeur auf, zu solchen unpolitischen Unternehmungen — als christliche Ungarn — nimmermehr ihren Namen herzugeben.

Hierzu verständige ich die Gesuchsteller mit dem Bemerkten, daß sie gegen diesen Befehl 15 Tage nach Erhalt im Wege meines Amtes an den Herrn Bizegepann des Komitats rekurrieren können. Szirak, 26. Februar 1926.

Unserliche Unterschrift, Oberstuhlrichter.“ Wir bedauern die Unleserlichkeit der Unterschrift, die uns hindert, dem Herrn Oberstuhlrichter des Sziraker Kreises zu dem Ruhm zu verhelfen, der ihm zweifellos gebührt.

Wer ist Edelmann?

Säufung von Verdachtsmomenten.

Paris, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Tempo“ teilt am Donnerstag weitere Einzelheiten über den in Colmar im Elsaß verhafteten mutmaßlichen Erzbergermörder Edelmann mit. Edelmann soll aus Kaiserslautern stammen. Das bei einer Hausdurchsuchung bei ihm gefundene Dokument sei in der Tat die Abschrift eines am 10. Januar 1923 vom Leipziger Reichsgericht gegen Edelmann verhängten Urteils, in dem dieser zu 5 Jahren Festungshaft wegen Teilnahme an den Mordanschlägen auf Erzberger und Scheidemann verurteilt worden ist. Edelmann stand, dem Blatt zufolge, seit längerer Zeit unter der Ueberwachung der französischen politischen Polizei. Seine Verhaftung ist auf Anregung von nach dem Elsaß gekommenen Deutschen vorgenommen worden, die ihn wiedererkannt haben wollen. Der Häftling leugnet jede Teilnahme am Erzbergermord.

Edelmann hat sich im übrigen mit seiner Freundin, einer Saarländerin, längere Zeit in Straßburg und Colmar aufgehalten. Er hat seit seiner Verhaftung der Polizei mehrfach Angaben gemacht, die sich sämtlich als falsch herausgestellt haben.

Ein Ersuchen der zuständigen französischen Polizeiorgane um Auskunft über die Person des angeblichen Edelmann ist bis Donnerstagabend weder bei der Berliner Polizei noch bei der Offenburger Staatsanwaltschaft eingetroffen. Die Berliner Polizei hat jedoch bereits von sich aus soweit als möglich Ermittlungen angestellt. Ihre bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß der Name Edelmann weder im Zusammenhang mit dem Erzberger- noch dem Rathenau-Mord jemals aufgetaucht ist. Nähere Einzelheiten dürften sich erst ermitteln lassen, sobald die Berliner Polizei in den Besitz der angeblich bereits abgeschickten Fingerabdrücke des Edelmann gelangt ist. Auffällig bleibt immerhin, daß ein in der Meldung des „Tempo“ angegebener Urteil vom 21. Januar 1923 tatsächlich ergangen ist, aber nicht gegen eine Person namens Edelmann. Es scheint deshalb, daß auch der Name Edelmann ebenso eine Täuschung ist wie der gleichzeitig von ihm geführte Name Bourrier und sich hinter seiner Person ein anderer aus dem deutschen „nationalen“ Lager verbirgt.

Aus dem Braunkohlenbergbau.

Glanzende Bilanzen und Hungerlöhne der Bergarbeiter.

Bei den jüngsten Lohnverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes und Generaldirektor der „Bubiag“, Herr Büren, die Braunkohlenindustrie besäße sich in den wirtschaftlich denkbar größten Schwierigkeiten und die Zukunft sei sehr grau und höchst unsicher. Eine Lohnerhöhung sei daher völlig unmöglich.

In dem eben erschienenen Bericht des letzten Geschäftsjahres der „Bubiag“ erklärt deren Geschäftsführung: daß ein erhöhter Reingewinn von 2,29 Millionen Mark zu verzeichnen sei. Im Gegensatz zum vorhergehenden Geschäftsjahr seien die Umsatzzahlen um 1,75 Millionen auf 2,25 Millionen Mark erhöht worden. Sie erklärt weiter, daß die Bankguthaben sich von 0,76 auf 1,77 Millionen Mark und die Wertpapiere von 3,17 auf 2,79 Millionen Mark erhöht haben. Und dieselbe Geschäftsführung, deren Führer bei den Verhandlungen mit gefünftelter Entrüstung rief: „Wo gibt es denn Werte, die eine angemessene Dividende zahlen können?“, erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß die Gewinne des Konzerns die Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. gestatten.

Das hinderte aber Herr Büren nicht, bei den Lohnverhandlungen zu erklären: „Wenn es der Braunkohlenindustrie gut ginge, würden wir den Aktionären gern bessere Dividenden zahlen, damit sie auch einmal etwas bekommen.“

Weiter meinte damals Herr Büren, daß nur mit Gottes Hilfe der Segen eines kalten Winters die Wertpapiere befruchten und die Gewinne erhöhen könne, sonst aber laufige Zeiten seien.

In ihrem Geschäftsbericht aber sagt die „Bubiag“ ihren Aktionären: „Die Bilanz weist ein glänzendes Bild auf.“ Wenn nun auf Grund der sehr annehmbaren Dividende und der glänzenden Bilanz die Kurse der Braunkohlenpapiere steigen, wundert sich der bei Lohnverhandlungen scheinbar bürstenkundige Herr Büren über diese „irrsinnigen Vorgänge“.

Als ob es ein besonderes Wunder wäre, daß sich die Börsenspekulation ausgerechnet auf die guten Werte der Braunkohlenindustrie stützt. Wo Gold ist, sammeln sich die Geldgier. Rasch alledem wundern sich die Herren dann, wenn ihre offiziellen und inoffiziellen Erklärungen jedweder Art allerorts auf starken Unglauben stoßen müssen.

Rachdem die „Bubiag“ nach ihrem Geschäftsbericht die Aktionäre ausreichend befriedigt hat und im übrigen niemand weiß, welche sonst noch Segnungen aus den undenkbarbaren Abschreibungen zehren, hat sie zur Verfügung der Dividendenbezieher auch an die Arbeiter gedacht.

Wörtlich heißt es im Geschäftsbericht:

„Es wird bedauert, daß die Reichsregierung den Forderungen der Arbeitnehmer auf immer weitere Erhöhung der Lohn- und Sozialbezüge und auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht mit der nötigen Energie entgegentritt.“

Also: den Direktoren hohe Gehälter, den Aktionären hohe Dividenden und den Arbeitern Lohnabzüge, Herabsetzung aller Renten und Krankengelder und zum Ueberflus Verlängerung der Arbeitszeit.

Da die Kraft der von den Herren gezüchteten gelben Wertverleiher nicht ausreicht, die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zu machen, fordern diese Kollektanden die Reichsregierung auf, kurze Pöhne und lange Arbeitszeit zu stabilisieren.

Selten tritt die Profitgier so schamlos auf wie in diesem Falle, wo sie sich in ihrer ganzen widerlichen Brutalität zeigt.

Angestelltenratsmitglieder in der Knorr-Bremse.

Die fruchtbringende Tätigkeit, die sie ausüben.

Den Angestellten der Knorr-Bremse, die durch Vermittlung der Angestelltenratsmitglieder Jaster und Lehner, Mitglieder des BdA, bei der Bekleidungs-gesellschaft gekauft hatten, ist folgendes Schreiben zugegangen:

„Unsere Vertrauensmänner, die Herren Jaster und Lehner, teilten uns durch Schreiben vom 19. Oktober 1926 mit, daß sie ab 1. Oktober d. J. um eine Erhöhung ihrer Vergütung von zusammen 2 auf 3 Prozent bitten müßten.“

In einer mündlichen Besprechung erhöhten sie diesen Satz von 3 auf 5 Prozent. Dabei ließen die Herren durchblicken, daß sie günstigere Angebote von Konkurrenzfirmen haben, die ihnen Provision in der erwähnten Höhe zukommen lassen würden; sie baten daher um unsere Entscheidung.

Selbstverständlich müßten wir diese Bitte ablehnen, da ihre Erfüllung natürlich dazu führen würde, daß der Mehrbetrag auf unsere äußerst kalkulierten Preise aufgeschlagen werden müßte. Der Kunde würde also den Unterschied bezahlen müssen. Das aber würde unseren bewährten Geschäftsprinzipien als Beamtenunternehmen widersprechen.

Wir glauben damit auch in Ihrem Interesse zu handeln, wenn wir Ihnen die Kenntnis der obenerwähnten Verhandlungen nicht vorenthalten.

Hochachtungsvoll

gez. Bekleidungs-gesellschaft für deutsche Beamte A.-G.
Anfalt des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes.

Die als Vertrauensmänner der Angestellten gewählten Mitglieder des Angestelltenrats mißbrauchen ihr Amt, um als Vertrauensmänner der Bekleidungs-gesellschaft zu fungieren. Bei ihrer Geschäftstätigkeit als Vertrauensmänner dieser Firma mußten sie sich sagen, daß eine höhere Provision nicht von der Firma, sondern von ihren Kollegen mit bezahlt werden muß, denen sie die Geschäftsverbindung mit der Firma empfehlen. Trotzdem „winkten sie mit günstigeren Angeboten“, um eine höhere Provision zu er-

zielen. Die Firma hat sich in diesem Falle jedoch ihren geschäftstüchtigen Vertrauensmännern überlegen gezeigt.

Hoffentlich trägt diese Veröffentlichung dazu bei, in allen Betrieben mit einem derartigen Vertrauensmännersystem aufzuräumen, nicht nur bei den Angestellten, auch bei den Arbeitern. Zu solcher Geschäftsmacherei sind die Betriebsräte nicht da.

Rigoroses Verhalten der AEG. Gegen einen Schwerbeschädigten.

Ein bei der AEG in der Kaserstraße beschäftigter Schwerbeschädigter U. wurde nach einer überstandenen Krankheit einem Erholungsheim in Nikolassee überwiesen. Die Ueberweisung lautete bis zum 29. September. U. wurde aber nach kurzem Aufenthalt schon am 12. September aus dem Erholungsheim entlassen, denn er war nicht, wie er annahm, zu seiner Erholung, sondern zur Beobachtung seines Zustandes nach dem Heim geschickt. Die Beobachtung war dadurch veranlaßt, daß zwischen

Kommunale Konferenz

Dienstag, den 2. November, abends 8 Uhr, im Rathaus,
Königsstraße (Stadtverordnetenversammlung). Tagesordnung:

Unsere kommunale Politik in Berlin

Die Wahlen zum Magistrat u. die letzten Vorgänge im Ratshaus

Referent: Genosse Richard Kellie.

Zur Teilnahme sind berechtigt: Die SPD-Stadt- und Bezirksverbände, die Magistrate- und Bezirksamtsmitglieder, die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Abteilungsleiter. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Bezirksverband Berlin SPD., kommunales Sekretariat.

dem behandelnden Arzt und dem Vertrauensarzt eine Meinungsverschiedenheit über den Zustand des U. herrschte. Der erstere hielt U. immer noch für arbeitsfähig, während ihn der letztere für arbeitsfähig erklärte.

U. ist nämlich infolge eines Kopfschusses schwer nervenleidend und zu 80 Proz. erwerbsbeschränkt. Sein Arbeitsplatz in der AEG befindet sich in unmittelbarer Nähe mehrerer Stangen, die so starken Värm und Erschütterungen hervorrufen, daß U. nach kurzer Zeit einen Nervenzusammenbruch erlitt. Auf diesem Arbeitsplatz kann er also niemals dauernd erwerbsfähig werden. Wenn er seine beschränkte Arbeitsfähigkeit ausnützen will, was er gern möchte, dann müßte ihm ein ruhigerer Arbeitsplatz zugewiesen werden. Dazu scheint aber in der AEG. Kaserstraße keine Aussicht zu sein.

Welches Ergebnis die Beobachtung in dem Erholungsheim gehabt hat, wissen wir nicht. Aber die mittelbare Folge seiner Ueberweisung in das Erholungsheim war U.'s Entlassung aus seiner Arbeitsstelle bei der AEG. Als U. am 12. September aus dem Erholungsheim entlassen war, fragte er bei der Krankenkasse an, ob er jetzt als arbeitsfähig angesehen werde. Er erhielt den Bescheid, er sei ja bis zum 29. September dem Erholungsheim überwiesen, von dort habe die Krankenkasse noch keine Benachrichtigung, also solle U. zu Hause das Weitere abwarten. Das tat er. Am 25. September erhielt U. dann von der Krankenkasse die Nachricht, daß er bereits am 12. September gesund geschrieben sei. Ehe U. noch recht zum Bewußtsein seiner Lage gekommen war, erhielt er von der AEG. die Mitteilung, daß er mit Wirkung vom 12. September freilos entlassen sei. Die Firma berief sich auf eine Bestimmung ihrer Arbeitsordnung, wonach als entlassen gilt, wer drei Tage ohne Grund der Arbeit fernbleibt.

U. klagte beim Gewerbegericht, welches zu der Auffassung kam, daß er im Vertrauen auf die Auskunft der Krankenkasse sich für arbeitsfähig halten konnte, also in gutem Glauben der Arbeit ferngeblieben war. Die Entlassung war deshalb ungerechtfertigt, die Firma hat den Lohn weiter zu zahlen.

Rechtsanwälte sabotieren die Berufsausbildung.

Die im Anwaltsfach beschäftigten Angestellten haben, wie allgemein bekannt, wahrlich keine rosige Existenz. Immer wieder ist gewarnt worden, dem Anwaltsfach Lehrkräfte zuzuführen. Die Ausbildung, die diese Lehrlinge in Rechtsanwaltsbureaus erhalten, ist äußerst mangelhaft, vor allem auch deshalb, weil gerade die Rechtsanwälte sich selbst wenig oder gar nicht um die Berufsausbildung ihrer Lehrlinge kümmern, ja, im Gegenteil, teilweise sogar noch Hindernisse für die Erweiterung des Berufswissens der Lehrlinge schaffen.

In Berlin besteht eine besondere Fachklasse für Lehrlinge bei Rechtsanwälten und Notaren. Diese Fachklasse ist angegliedert an die 4. kaufmännische Berufsschule. Der Berliner Anwaltsverein, der früher eine eigene Schule unterhielt, hat selbst darauf hingewirkt, daß eine besondere Fachklasse errichtet wurde. Nach dem neuen Ortsgesetz, betreffend die Berufsschulen in Berlin, vom 1. April 1926, sind vom Besuch der Berufsschulen diejenigen Jugendlichen befreit, welche nach dem früher gültigen Ortsgesetz noch nicht der Berufsschulpflicht unterlagen. Hierzu gehörten die Lehrlinge bei Rechtsanwälten und Notaren. Von diesen Jugendlichen sollen nach dem neuen Ortsgesetz diejenigen zum Schulbesuch verpflichtet sein, die nach dem 31. März 1911 geboren sind, während eine Berufsschulpflicht für die vor diesem Datum geborenen Jugendlichen Personen nicht besteht.

Von dieser Ausnahmebestimmung machen nun viele Rechtsanwalts-Gebäude Gebrauch. Sie geben den Lehrlingen, die vor dem 31. März 1911 geboren sind, keine Gelegenheit zur Fortbildung. Sie verweigern ihnen die notwendige Zeit zum Besuch der Berufsschule. In den meisten Fällen handelt es sich

hierbei um Lehrlinge, die gerade in der Berufsschule erst durch einen gut gegliederten Fachunterricht die besonderen Kenntnisse für ihren Beruf erhalten. In dem für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, der für die Lehrlinge in Rechtsanwaltsbureaus in Betracht kommt, heißt es im § 2:

„Der Lehrling muß die Fach- und Fortbildungsschule besuchen. Die dazu erforderliche Zeit muß ihm freigegeben werden.“

Rechtsanwälte und Notare, die ihre Lehrlinge unter Berufung auf die eigenartige Bestimmung im Ortsgesetz hindern, die notwendigen Fachkenntnisse in der Berufsschule zu erwerben, sabotieren die allgemein gültigen Bestimmungen des Tarifvertrages.

Es muß vom Berliner Anwaltsverein erwartet werden, daß er seinen Mitgliedern klar macht, als Vehrherren ihren Berufspflichten nachzukommen, Berufspflichten, die schließlich nicht zuletzt doch wohl auch im Interesse der Rechtsanwalts- und Notare selbst liegen. Ein gut geschulter und fachlich gebildeter Angestelltennachwuchs ist schließlich auch für die Rechtsanwaltsbureaus und für die Praxis der Rechtsanwälte und Notare selbst notwendig.

Schließlich könnte sich vielleicht auch die städtische Berufsschulverwaltung für diese Angelegenheiten interessieren und sich dabei überlegen, wie es möglich wäre, die doch von ihr wohl nicht gemollten Wirkungen dieser nunmehr bürokratisch gehandhabten Bestimmung im Ortsgesetz aufzuheben.

Streik in der Rheinschiffahrt!

Essen, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag 10 Uhr hatte der Vandeschlüchter Dr. Witten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Rheinschiffahrt zu einer Verhandlung geladen, die jedoch abermals scheiterte, weil die Arbeitgeber keine Zugeständnisse machen wollten. Die Arbeitnehmer hielten ihre Forderungen aufrecht. Insbesondere wurde verurteilt die rücksichtslose und brutale Behandlung des Personals durch die Arbeitgeber wegen der Einhaltung verdienter Lohnbeträge. Demnach scheint der Streik unabwendbar. Mit seinem Ausbruch dürfte in kürzester Frist zu rechnen sein.

Das Reichsarbeitsministerium hat für heute die drei Arbeitgeberverbände der Rheinschiffahrt und die Arbeiterorganisationen zu Verhandlungen nach Duisburg geladen. Ob es gelingt, eine Verständigung herbeizuführen, scheint angesichts der Haltung der Arbeitgeber mehr als zweifelhaft.

Die Angst vor den Grubenbesitzern.

London, 29. Oktober. (EP.) Lloyd George erklärte gestern in einer Rede vor der liberalen Versammlung in Carnarvon, der Grubentonskiff sei das schwerwiegendste Ereignis, das den englischen Handel und die Industrie betroffen habe. Die Regierung habe bis jetzt sich als ohnmächtig erwiesen und jede Gelegenheit verpaßt, den Konflikt zu regeln. Sie habe vor dem Grubenbesitzerverband Angst. Das wirtschaftliche Gleichgewicht Englands sei schon jetzt gefährdet, und wenn weiterhin nichts getan werde, werde England am Ende des Jahres gezwungen sein, im Auslande Kredite zu suchen. Die Regierung hätte es noch immer in der Hand, eine Regelung herbeizuführen, da der Ausnahmezustand es ihr ermöglichte, die Wiedereröffnung der Gruben zu befehlen. — Als ob der Ausnahmezustand von einer Regierung gegen die Unternehmer benützt würde!

Aus der Partei.

Das rote Banner. Eine interessante kleine Plauderei über das rote Banner, die Fahne der Sozialdemokratie, hat Genosse Friedrich Wendel unter dem Titel „Die rote Fahne“, ein Entwurf ihrer Geschichte als Beitrag zur deutschen Flaggfrage“ im Verlag von Auer u. Co. in Hamburg als Broschüre erscheinen lassen. Das rote Banner taucht bei allen Revolutionen auf. Es gilt in der Geschichte immer als das Zeichen der Empörung, des Aufstandes gegen überlebte Gewalten. Als revolutionäre Bewegung hat die Sozialdemokratie diese Farbe übernommen. Wendel unternimmt nun den Nachweis, daß das revolutionäre Rot ureigentlich nicht revolutionären Charakters war, sondern daß die rote Fahne schon unter Karl dem Großen als Zeichen der obersten Lehnschicht entfaltete und von da an bis ins 17. Jahrhundert hinein von sämtlichen deutschen Kaisern bei der Verleihung der mit dem Blutbann verknüpften Reichsfürstentümer geführt wurde. Daneben wurde das Reichsbanner, schwarzer Adler in goldenem Felde, gezeigt. Woher dieses Rot als Kaiserfahne stammte, darüber werden und mögen sich Historiker und Heraldiker streiten. Die Art, wie Wendel aus diesem Kaiser-Rot das Rot der Sozialdemokratie ableitet, mag ebenfalls umstritten werden. Jedenfalls ist die kleine Broschüre ein interessanter Versuch, dem revolutionären Rot eine historische Unterlage zu geben. Die Broschüre wird zum Preise von nur 10 Pf. abgegeben.

Verantwortlich für Volltext: Dr. Carl Geiser; Wirtschaft: Felix Schatz; Gewerkschaftswesen: J. Geisler; Revision: R. S. Wöhler; Bohlen und Söhne: Felix Aschmann; Revision: Th. Stieglitz; sämtlich in Berlin. Verlag: Berolischer Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Korndorfer-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Hergz 1 Beilage.

Krause-Pianos zur Miete W16, Ansbacherstr. 1	Winter-Stiefel zuverlässig, unverwundlich nur bei H. Bähr Berlin, Spittelmarkt 7, vor der Brücke	Heute frische, junge Gänse 1.10 allerster Qualität. Wegner, Berlin 50, Marianenstr. 24.
---	---	--

Moderne Winterkleidung



Gute Stoffel		Beste Verarbeitung und Sitz!		Niedrige Preise!			
Herren-Ulster gute, haltbare Qualitäten . . . M.	45.-	Gehrock-Paletots bekannt gute Paletots in schwarz und mar- rango . M. 130, 120, 110, 100, 90, 80	70.-	Herren-Anzüge Kammer- u. Cheviot in eleg. Anzf., modernst. Schnitt. M. 130, 120, 110, 100, 90, 80	68.-	Sport-Anzüge (steil) entsprechende Stoffart u. Façon 98, 92, 86, 80, 74, 68, 62, 56, 50	45.-
Herren-Ulster guter wollener Marengo . . . M.	55.-	Winter-Paletots I. u. II. reihig, mit Samtkragen, schwarz u. marengo M. 125, 115, 105, 95, 85, 75	65.-	Herren-Anzüge ebenbürt. feinster Maßarbeit, beste Verarbei- tung M. 140, 120, 110, 100	90.-	Jünglings-Ulster viel- seitige Auswahl, mod. Stoffe u. Fabr. 70, 65, 60, 55, 50, 45, 40, 35	28.-
Herren-Ulster dunkel- braun und graugemustert . . . M.	66.-	Smoking-Anzüge Kam- mergarn und Melton, beste Verarbei- tung . . . M. 120, 110, 100, 90, 80, 70	65.-	Loden-Mäntel imprä- gnierte Strichloden, grün und grau M. 45, 35, 30, 25	18.-	Jünger-Sportanzüge in vielen Farben und Formen M. 50, 45, 40, 35, 30, 25	20.-
Herren-Ulster Marengo, Cheviot in guter reiner Qual. M.	78.-	Jackett-Anzüge blau. in nur erprobten, guten Qual., beste Ausfahr. M. 130, 120, 110, 100, 90, 80, 70	60.-	Gummi-Mäntel in groß. Auswahl . . M. 40, 30, 22, 20, 24, 20	16.-	Kieler Anzüge aus nur guten blauen Melton - Stoffen M. 28, 26, 24, 22, 20	16.-
Herren-Ulster in mod. gemusterten Stoffen M.	88.-	Herren-Anzüge I. u. II. reihig, elegant gemustert, Cheviot u. Phantasiestoffe M. 78, 68, 58, 48	36.-	Anzüge f. junge Herren Große Auswahl moderner Stoffe u. Schnitt M. 60, 55, 50, 45, 40, 35, 30	25.-	Kieler Pyjacks aus blauem Cheviot und Tuch M. 24, 22, 20, 18, 16, 14	12.-
Herren-Ulster in elegan- ter Ausführung, beste Qual. M.	98.-	Loden-Joppen mit warmem Futter in nur guten aus- erprobten Qualitäten von M. 80.00 bis		17.50	Knaben-Ulster in groß. Auswahl, entsprechende Neuheit M. 28, 26, 24, 22, 20, 18, 16, 14		13.-

Der Prachtkatalog Winter 1926 ist erschienen. Auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Leske & Lehren

das Haus der guten Herren- & Knaben-Bekleidung
78 Kottbuser-Damm 78

Die Schau der Automobile.

Heute Eröffnung der Ausstellung am Kaiserdamm.

Diese Ausstellung ist noch keine Stoppe auf dem Wege zum Volksauto. Das bewies gestern schon ein erster Rundgang bei der Vorbefichtigung durch die Presse. Immerhin sind Fortschritte auch hier zu verzeichnen und die Tendenz ist unverkennbar, sich in der Serienherstellung den leichteren Typen zuzuwenden. Auch eine Preisentwicklung nach unten kann nicht geäußert werden. In seiner Begrüßungsansprache führte Direktor Dr. ing. Scholz folgende Punkte als wesentliche Gepräge dieser Ausstellung an: der Vierzylinder tritt in den Hintergrund, der Sechszylinder beherrscht die Bage, und selbst der Achtzylinder wird in den Kreis des Serienbaues miteinbegriffen. Der Motorraumbau zeigt die Entwicklung des Motorrades in einer Höhe, wie wir sie kaum zu hoffen wagen. Aus dem primitiven Fortbewegungsmittel ist eine fast künstlerisch durchgeführte Maschine geworden, die dem Fahrer alle Bequemlichkeiten vermittelt, welche er benötigt, jedoch zu einem Preise, der wohl auch international nicht mehr überboten werden kann.

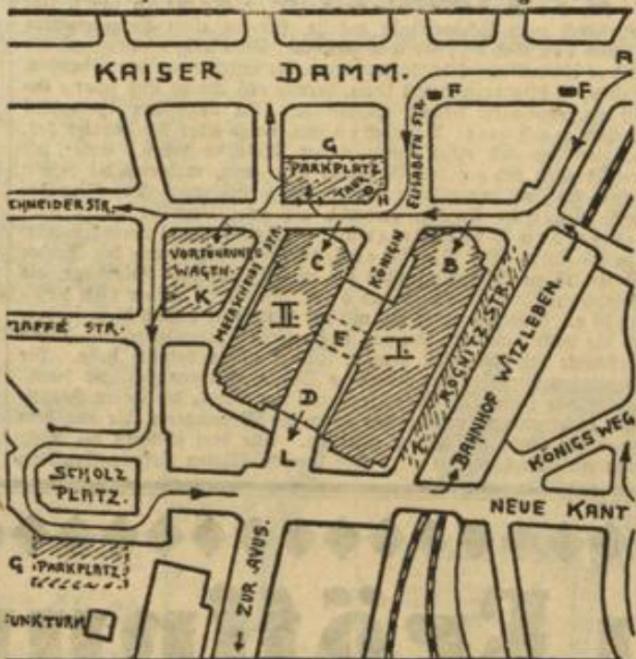
Ein Rundgang.

In der Alten Autohalle stehen die Personenwagen und in den Seitentoren sind die zahlreichen Stände der Zubehörteile zusammengefaßt worden. Gleich am Eingang ist ein Ehrenhof aufgebaut, in dem man die Siegespreise der deutschen Automobilindustrie und — was viel interessanter ist — die ersten Vorläufer des Automobils, seltene hochrädige Beihil, bewundern kann. Da stehen sie, in Reih und Glied aufgeföhren, im Aufbau ihrer Karosserie ungeschickt und schwer gegliedert, die Opel, Daimler, Benz. Der älteste, ein Benzwagen „Victoria“ aus dem Jahre 1891, und dann geht es aufsteigend fort: 1892, 1893, 1894, 1895 uim., bis der Rennwagen von Larga Florio vom Jahre 1924 die Reihe beschließt. Ein ungeheurer Entwicklungsweg, der sich kaum besser als an diesen alten Fabrikaten demonstrieren läßt. Erst nach 1900 wurde die äußere Form der Wagen der heute üblichen ähnlich, bis dahin waren es mehr oder weniger verkappte Droschken mit mächtigen Rädern und hinten eingebauter Maschine von ungewöhnlichen Dimensionen.

Die großen Firmen von internationalem Ruf: Mercedes, Benz, Opel, Adler, Horch bevorzugen noch den großen Wagen und stellen sich nur langsam auf die kleinen Wagen um. Sechs- und Achtzylinder in einem Block herrschen vor. Die Kumpel-Motoren-Gesellschaft hat neue Wege beschritten und bringt auf der diesjährigen Ausstellung einen Wagen mit Vorderradantrieb, bei dem das Hauptaugenmerk auf möglichst leichtes Gewicht gelegt worden ist. Der Wagen ist mit einem schneefestigen Vierzylindermotor ausgerüstet. Vierradbremse und Niederdruckbremse tragen den Ansprüchen, die man an ein modernes Fahrzeug stellt, Rechnung. Der allgemeinen Tendenz entsprechend, ist die Steuerung auch hier links angeordnet. Wohllich ein anderer Typ, der „Boran“-Wagen. Seit Jahrtausenden werden Fahrzeuge auf die natürlichste Weise, nämlich durch Zugkraft, fortbewegt. Auch das modernste Fortschrittmittel, das Flugzeug, bewegt sich durch vordringenden Propeller gezogen, durch die Luft. Nur das Automobil wurde bisher nicht gezogen, sondern auf dem unnatürlichen Wege der Hinterachse aus geschoben. Soll aber ein Automobil gezogen werden, so müssen die Vorderräder angetrieben sein. Die Schwierigkeiten, ziehende Vorderräder leicht zu lenken, schienen bisher unüberwindlich. Bei den „Boran“-Wagen ist das Problem des Zuges durch Antrieb der Vorderräder gelöst. Er liegt fest auf schlechtester Straße, selbst bei hoher Geschwindigkeit, er springt und gleitet nicht wie andere leichte Wagen. Er schleudert nicht auf Asphaltstraßen oder schlammigen Landstraßen, sondern behält die ursprüngliche Richtung bei, auch bei schroffen Bremsen. Auf dem Opel-Stand sehen wir den 4-PS-Wagen, äußerlich und innerlich vervollkommen. Als Vorderradfederung wurde eine halbe Elliptischer gewählt. Die Steuerung wurde nach links verlegt und eine gut durchgearbeitete Vierradbremse verleiht dem Fahrzeug die nötige Sicherheit im Verkehr. Der kleine bekannte 2/10-PS-Hanomag erscheint auch in diesem Jahr wieder auf der Ausstellung. In der Konstruktion seiner Maschinenanlage hat er keine wesentliche Änderung vorgenommen, nur äußerlich hat er sich insofern verändert, als er nicht wie bisher die Kotflügel zu einem ganzen mit dem Wagenkörper verschweißte, sondern abhefte. Der kleine Hanomag wird als offener und gefloßener Personenwagen geliefert, wird jedoch auch mit einem Kastenaußauf versehen, so daß er als Lieferwagen für kleinere Güter zu verwenden ist.

In der Neuen Autohalle stehen die großen Lastwagen und die Autobusse der verschiedensten Konstruktionen, darunter sehr luxuriöse für Spezialzwecke, ferner Schlepper aller Art und landwirtschaftliche Maschinen mit Motorantrieb.

Verkehrsplan für die Automobil-Ausstellung 1926



- A Anfahrt
- B Eingang Halle I
- C " " II
- D Ausgang " " II
- E Uebergang zwischen den Hallen
- F Untergrundbahn
- G Autoparkplätze
- H Tankstelle
- K Vorführungswagen
- L Abfahrt

Die Eröffnungsfeier.

Im Beisein des Reichswirtschaftsministers Rohne, des preussischen Ministerpräsidenten Genossen Brau, der den Projektor der Ausstellung, Reichspräsident von Hindenburg, vertrat, einer großen Anzahl Reichs- und Staatsminister, des Oberbürgermeisters Dr. Böß, der Vertreter der einschlägigen Industriekreise und der Presse wurde heute vormittag um 11 Uhr die deutsche Automobil-ausstellung am Kaiserdamm eröffnet. In der Begrüßungsansprache betonte der Generaldirektor des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie, Dr. Schippers, daß die deutsche Automobilindustrie in wirtschaftlich schwerster Zeit daran gearbeitet habe, gebrauchsfähige Typen zu schaffen, die vor allem den Großbedarf an Automobilen zu decken geeignet sind. Daß ihr das gelungen ist, wird die Ausstellung beweisen. Sie wird auch zeigen, daß es möglich war, unter Aufrechterhaltung der Qualität die Preise zu senken. Daraus ergibt sich von selbst die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wagen mit denen des Auslandes. Der Weltstandard in Ausführung, Qualität und Preis ist erreicht. Der Inlandsbedarf an Automobilen kann von der nationalen Industrie gedeckt werden. Im Namen des verhinderten Reichspräsidenten eröffnete Reichswirtschaftsminister Rohne die Ausstellung. Er verwies besonders auf die historische Abteilung der Ausstellung, die den großen Anteil der deutschen Industrie an der Entwicklung des automobilen Fahrzeuges beweisen. Der österreichische Gesandte Dr. Frank überbrachte die Glückwünsche seines Landes zum 25jährigen Jubiläum des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie. Oberbürgermeister Dr. Böß wies auf die Förderung des Ausstellungswesens durch das Volkamt der Stadt Berlin hin und wünschte der Ausstellung vollen Erfolg. Böß betonte auch das Verdienst der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten bei der Automobilausstellung. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes schloß der offizielle Festakt.

dem sich ein Rundgang durch die Hallen angeschlossen. Auf dem Giebel-fahnenmast der alten Halle wehte die schwarzrotgoldene Reichsflagge, während auf der anderen schmalen Seite die schwarzweißrote Verbandsflagge des Automobilklubs Deutschlands gezogen war. Die Büste Hindenburgs im Ehrenhof war mit einer schwarzrotgoldenen Fahne dekoriert.

Die drei neuen Männer im Magistrat.

Aus dem Lebenslauf der drei Genossen Wagner, Rydahl und Reuter, die in den Magistrat hineingewählt worden sind, seien hier die folgenden Daten mitgeteilt:

Genosse Dr. Ing. Martin Wagner wurde am 5. November 1885 in Königsberg i. Pr. geboren. Er studierte in Berlin und auf der Technischen Hochschule Charlottenburg, trat 1910 in den Dienst der Gemeinde Berlin-Weißensee und wurde 1911 von der Hamburger Hochbaudeputation in ihr Direktionsbureau berufen. In demselben Jahr übernahm er in Rüstingen (Wilhelmshaven) als Stadtbaumeister die Leitung des gesamten Bauwesens. 1914 trat er beim Zweckverband Groß-Berlin als Abteilungs-vorsteher ein. Nachdem er von 1916 bis zum Jahre 1918 Kriegsdienst geleistet hatte, wurde er 1918 zum Stadtbaurat für Berlin-Schöneberg gewählt. Im Herbst 1920 schied er aus städtischen Diensten aus und wurde Direktor des Verbandes sozialer Baubetriebe. 1925 wurde er Direktor der Deutschen Wohnungsfürsorge-A. G. (Demog) für Beamte, Angestellte und Arbeiter, und Mitarbeiter der Wohnungsfürsorgegesellschaften im Reich.

Genosse Jens Rydahl, am 27. Januar 1883 in dem nordschles-wigischen Heidedorf Kraul im Kreise Tondern geboren, besuchte die einklassige Schule bis zum 16. Lebensjahre, dann die Präparanden-anstalt Apenrade und das Seminar in Lönbern. Von 1904 an war er als Lehrer 2½ Jahre an einer einklassigen Schule an der dänischen Grenze tätig. 1906 wurde er in den Volksschuldienst der Stadt Altdorf berufen und nach Abfassung der Mittelschullehrer-prüfung kam er an die erste Knabenmittelschule. In den Jahren 1910—1912 widmete er sich zweijährigem Besuch der Akademie in Posen (Kursus zur Ausbildung von Seminarlehrern) 1912 legte er die Reifeprüfung an der Oberrealschule ab. Dann folgte ein sechs-semesteriges Studium der Germanistik, der Philosophie und der Pädagogik. Seine Studien wurden durch Einberufung zum Kriegsdienst unterbrochen. Nach 4½ Jahren zurückgekehrt, wurde er Rektor in Neuföhren, 1919—1921 war er dort Stadtschulinspektor und Kreisdeputierter. Vom 1. Oktober 1921 ab wurde ihm in Berlin das Amt des Dezernenten für Gemeinde- und Mittelschulen übertragen.

Genosse Ernst Reuter wurde am 29. Juli 1889 in Apenrade in Schleswig-Holstein geboren. Er besuchte in Lehr in Ostfriesland bis zum Jahre 1907 das dortige Gymnasium. Von 1907 bis 1912 studierte er Geschichte, neuere Philologie und Volkswirtschaft. Nach Beendigung seines Studiums trat er Ende 1912 in Bielefeld der Partei bei, und von da an war er schriftstellerisch und bald als Wanderlehrer des Bildungsausschusses der Partei für die Arbeiterbewegung tätig. Nach dem Kriege gehörte er bis zum Jahre 1921 der Kommunistischen Partei an. Ende 1921 wurde er in die Berliner Stadtverordneten-verammlung gewählt. Anfang 1922 trat er in die „Freiheit“-Redaktion ein, und seit der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, also seit 1922, ist er politischer Redakteur des „Vorwärts“. In der Stadtverordnetenversammlung hat er sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen des neuen Berlins beschäftigt. Er war Mitglied des Haushaltsausschusses, der Finanz- und Steuerdeputation und der Verkehrsdeputation. Außerdem gehörte er seit Jahren dem Ausschuss der städtischen Nord-Südahn A. G. an, seit der Neuwahl der Stadt-verordnetenversammlung auch dem Ausschuss der Berliner Straßenbahn. Nach der Neuwahl wählte ihn die Fraktion in ihren Vorstand. Auf Grund seiner Tätigkeit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gehörte er seit 1924 auch dem Vorstand des deutschen Städte-tages an, und er war ferner ein ständiger Mitarbeiter unserer kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Gemeinde“.

Verlängerte Offenhaltung des Polizeifundamentes. Mehrfachen Anträgen aus dem Publikum folgend, hat der Polizeipräsident bestimmt, daß das Polizeifundament für die Abfertigung des Publikums fortan in der Zeit von 7.30 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags werktags offengehalten wird.

Die Deutsche Hochschule für Politik beginnt am 30. Oktober ihr Wintersemester mit der Jahresfeier, die um 12 Uhr pünktlich in der Aula der Hochschule, Schinkelplatz 6, stattfindet. Nach der Ansprache des Reichsministers Dr. Brüning wird Professor Dr. Wendels-ohn-Bartholdy den Festvortrag über das Thema „Von Beruf des Diplomaten“ halten. Ansprachen und Vortrag werden durch den Rundfunk auf Welle 504 und 571 übertragen.



Für Jedermann

ob groß oder klein, ob dick oder dünn

Wintermäntel in vorbildlicher Passform

- | | | | |
|--|--|---|---|
| Herren-Ulster
dunkelgrau halb. Cheviot M. 47.— | Herren-Ulster
schwerer besond. strapazier-fähiger Marengo-Cheviot M. 97.— | Gehrock-Paletot
schwarz und marengo, vorbild-licher Sitz. M. 116.—, 97.— | Kieler Pyjack
blauer Marine-Cheviot, für 3 Jahre. M. 10.— |
| Herren-Ulster
kräftiger Cheviot m. kariertem Absteife in grau u. braun M. 57.— | Herren-Ulster
eleg. dunkelbraun melierter Cheviot mit angew. Absteife M. 106.— | Jünglings-Ulster
dunkelbrauner, gemustert Cheviot. Gr. 38 M. 32.— | Kieler Pyjack
aus dauerhaft blauem Chev. für 3 Jahre. M. 19.— |
| Herren-Ulster
reinwoll. Marengo-Cheviot M. 63.— | Herren-Ulster
Marengo-Cheviot l. pr. Qual. M. 116.— | Jünglings-Ulster
braun u. grau melierter Cheviot mit Ueberkaro Gr. 38 M. 39.— | Schlüpfer
aus grau- u. braunmeliertem Cheviot, für 3 Jahre. M. 13.— |
| Herren-Ulster
dunkl. reinw. Marengo-Chev. 75.— | Winter-Paletot
mit Samtkragen, schwarz und marengo Cheviot M. 69.— 57.— | Jünglings-Ulster
modern gemustert Cheviot in grau u. oliv. Gr. 38 M. 43.— | Schlüpfer
ab Größe 6 M. 1.— steigend |
| Herren-Ulster
mittelgrauer Velours mit angewebter Absteife. . . M. 82.— | Winter-Paletot
mit Samtkragen, schwarz Ekimo mit Steppfütter. . . M. 106.— | Jünglings-Ulster
kräft. Mareng.-Chev. Gr. 38 M. 47.— | Schlüpfer
aus reinwoll. Flauchstoff in vielen Farben, für 3 Jahre M. 22.— |
| Herren-Ulster
pa. reinw. Marengo-Cheviot M. 89.— | Gehrock-Paletot
dunkler Marengo-Cheviot, elegante Verarbeitung. . . M. 75.— | Jünglings-Ulster
reinwollener Marengo-Cheviot. Gr. 38 M. 57.— | Loden-Mäntel
guter imprägn. Strichloden schwarze Qual. M. 63.—, 43.— 33.— |
| Herren-Ulster
dunkelblauer eleg. Velours M. 97.— | | | |

Loden-Joppen
warm gefüllt, strapazier-fähig Loden M. 27.—, 24.— 17.—

Billigste Preise
durch eigene Anfertigung

Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6

Internationale Ausstellung Berlin.

Oberbürgermeister Böh über das Ziel.

Zu der Frage einer internationalen Ausstellung, die im Jahre 1930 in Berlin veranstaltet werden soll, äußerte sich Oberbürgermeister Böh heute vormittag vor Vertretern der Presse, die er nach dem Stadtoverordnetenrat eingeladen hatte.

Er betonte, daß nicht an eine eigentliche Weltausstellung, sondern an eine unter der Bezeichnung „Die neue Zeit“ zu veranstaltende internationale Ausstellung gedacht wird, die sich auf bestimmte Gebiete beschränken müsse. Diese Ausstellung soll Bauwirtschaft, Baukunst und Kunstgewerbe und die mit ihnen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Gebiete umfassen, und um das Zustandekommen werden das Reichsamt, die Bauwirtschaft und der Deutsche Werkbund in gemeinsamer Arbeit sich bemühen. Böh erklärte zu der Frage, in welchem Ort die Ausstellung veranstaltet werden soll, daß unbestreitbar Berlin einen Anspruch hierauf habe. Es sei selbstverständlich, daß die erste große internationale Ausstellung Deutschlands in der Reichshauptstadt stattfinden müsse. In keiner anderen Stadt gebe es ein noch unbebautes Gelände von dem Umfange, wie Berlin es in so günstiger Lage zur Verfügung stellen könne. Der Werkbund habe bereits ein Programm aufgestellt, die Bauwirtschaft sei noch nicht damit fertig, aber ein Druck solle mit dem raschen Vorgehen nicht auf sie ausgeübt werden. Nur darauf sei es angekommen, zunächst einmal unwiderrüflich festzulegen, daß nur Berlin als Ausstellungsort in Frage kommen könne. Der Magistrat habe sich hinter diese Forderung gestellt, der Ausschuss der Stadtoverordnetenversammlung sei darüber unterrichtet worden, in den Fraktionen werde man nächstens dazu Stellung nehmen. Ein sehr gewichtiges Wort hat die Reichsregierung mitzusprechen. Bei einer Besprechung des Magistrats und des Werkbundes mit dem Reichsinnenminister hat sich gezeigt, daß auch die Reichsregierung diese Ausstellung wünscht und eine Vorlage zur wirtschaftlichen Unterstützung des Unternehmens machen will, über die das Kabinett, der Reichsrat und der Reichstag zu entscheiden haben werden. Über den Ausstellungsort hat der Magistrat sich nicht geäußert. Böh hält die Wahl Berlins auch deshalb für das Zweckmäßigste, weil der zu erwartende Fremdenstrom aus dem Westen auf seinem Wege nach Berlin das ganze Reich berühren wird. Größten Wert müsse man darauf legen, daß wir wieder in stärkere Beziehung zum Ausland kommen und die Fremden möglichst viel vom Deutschen Reich kennen lernen.

Gegen Berlin als Ausstellungsort werde auch Deutschlands Süden weniger einwenden als etwa gegen Düsseldorf, Köln oder Frankfurt a. M.

Ohne Getränke und ohne Eiferfuchtel solle, schloß der Oberbürgermeister, ganz Deutschland alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenlassen im öffentlichen Interesse, im Interesse des deutschen Volkes, dem die internationale Ausstellung in Berlin einen neuen Anschluß an die Weltwirtschaft verschaffen soll.

Raubüberfälle in der Bucher Forst.

Zwei Räuber verhaftet, der dritte unerkannt entkommen.

Eine dreiköpfige Bande von Wegelagerern verübte gestern Abend auf dem Wege von Buch nach Schönerlinde in der Berliner Forst binnen zweier Stunden zwei räuberische Überfälle. Glücklicherweise gelang es noch an demselben Tag, zwei der Wegelagerer festzunehmen; sie behaupten, arbeitslos zu sein. Der dritte ist leider entkommen.

Als der Maschinenformer Otto Gawron um 6 Uhr von Buch nach Schönerlinde radelte, fiel an einer Wegkreuzung plötzlich ein Schuß, der ihm galt, zum Glück aber fehlging. Während er einen Augenblick suchte, sprang der Schütze aus dem Chauffee-graben, in dem er gelauert hatte, heraus auf ihn zu und zwang ihn mit vorgehaltener Pistole, anzuhalten. Im demselben Augenblick tauchten noch zwei Bur-schen auf, fielen über den Radler her, würgten ihn und rissen ihn von der Maschine herab. Einer der drei schwang sich auf das Rad und jagte weg, während die beiden anderen zu Fuß davonliefen und ebenfalls entkamen. Der Verurteilte hatte noch keine Anzeige gemacht, als zwei Stunden später auf demselben Wege ein zweiter Überfall verübt wurde. Ein 25 Jahre alter Rutscher Oskar Bissus aus der Bucher Straße 15 zu Buchholz befand sich zu Fuß auf dem Heimwege, als plötzlich aus dem Walde heraus drei Männer über ihn herfielen. Während einer ihn mit der Pistole in Schach hielt, forberten die beiden anderen ihn auf, sein Geld herauszugeben. Bissus versicherte der Wahrheit gemäß, daß er nichts bei sich habe. Die Wegelagerer warfen ihn jedoch zu Boden, würgten ihn und durchsuchten alle seine Taschen. Die Braut des Bissus, die ihrem Bräutigam entgegenkam, verscheuchte dann die Wegelagerer, die mit dem geraubten Rade die Flucht ergriffen. Alle drei schlugen die Richtung nach Buchholz zu ein. Die benachrichtigten Kriminalbeamten

nahmen mit Fahrrädern sofort die Verfolgung auf. Weil man wußte, welche Richtung die Verbrecher eingeschlagen hatten, kamen die Verfolger nach verhältnismäßig kurzer Zeit auch zum Ziele. Die Räuber hatten sich getrennt und waren, sich hinter Bäumen möglichst versteckt haltend, nach dem Buchholzer Gebiet gelangt. Hier wurden zwei von ihnen erwidert und festgenommen. Der Dritte war mit dem Rad entkommen und ist noch nicht ermittelt. Die beiden Ergreifenen wurden nach der Wache gebracht und als ein 23 Jahre alter Rutscher Franz Becker aus der Marienstraße 27 zu Berlin und als ein 22 Jahre alter Schlosser Helmuth Hafer aus der Beußelstraße 44 zu Berlin festgestellt. Da die beiden Überfallenen sie bestimmt wiedererkennen, legten sie auch ein Geständnis ab. Beide sind, wie sie behaupten, arbeitslos. In der Ringstraße lernten sie vor einigen Tagen den dritten Mann kennen, dessen Namen sie nicht wissen wollen. Die Verhafteten werden nach Berlin gebracht und dem Raubdezernat vorgeführt.

Ernennung. Der Pressereferent und Leiter der Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums, Herr Otto Schönig, ist vom Ministerium des Innern mit dem 26. Oktober zum Regierungsrat ernannt worden. Regierungsrat Schönig ist seit 1 1/2 Jahren als Chef der Presseabteilung des Polizeipräsidiums tätig.

Schwerer Unfall beim Brückenbau. Beim Umbau der Eisenbahnbrücke über die Ruhr bei Mülheim ereignete sich ein schwerer Unfall. Beim Abbrechen einer Brücke schlug die Kurbel plötzlich zurück und traf einen Arbeiter mit voller Wucht auf den Kopf, so daß er sofort tot war. Zwei weitere Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Folgschwerer Hotelbrand in Paris. In einem Pariser Hotel brach infolge Kurzschlusses ein großer Brand aus. Die Flammen verbreiteten sich mit einer derartigen Geschwindigkeit, daß es unmöglich war, die Treppen zu benutzen. Unter den Hotelgästen entstand eine ungeheure Panik. Mehrere stürzten sich ohne weiteres aus dem Fenster, drei wurden lebensgefährlich verletzt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Für die kalte Jahreszeit bringt das bekannte Spezialhaus G. Joseph, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 1, in einem großen Ullstein- und Galostorenbau noch besondere Angebote. Es handelt sich um eine außerordentliche Heranzahlung, die jeder Herr wahrnehmen sollte, um den jetzt vorliegenden Bedarf für den Winter in Mänteln, Paletots und Anzügen usw. zu decken. Beste Waren zu billigen Preisen ist das Prinzip der Firma.

Grosser

! Neu Eröffnung !

Grosser

Schuh-

am Moritzpl.

Prinzenstr. 79

am Moritzpl.

Schuh-

waren-

Massen-

Verkauf

Damen-Rohdvrecau-Spangenschuh	Damen-Rohdvrecau-Spangenschuh	Damen-Lack-Spangenschuh	Damen-Lack-Spangenschuh edler L. XV.	Damen-Boxk-Spangenschuh G. ged.	Damen-Boxk-Spangenschuh edel G. W.
4 ⁹⁰	5 ⁹⁰	6 ⁷⁵	7 ⁷⁵	7 ⁹⁰	8 ⁶⁰
Fehlleder Arbeitersiefel mit Kappe	Fehlleder Arbeitersiefel ohne Kappe	Herren-Siefel pr. Rindbox w. G.	Herren-Siefel pr. Rindbox edel G. ged.	Herren-Halbschuh Ia Boxkall w. ged.	Herren-Halbschuh Ia Boxkall G. W.
6 ⁷⁵	7 ⁷⁵	8 ⁷⁵	9 ⁸⁰	10 ⁵⁰	12 ⁷⁵

Sportstiefel sowie Schaftstiefel größte Auswahl

Prinzenstraße 79
Am Moritzplatz

Enorm billig, meine Schaufenster beweisen dieses.

Prinzenstraße 79
Am Moritzplatz

waren-

Massen-

Verkauf

Der einzige Trost im Lebenskampf ist ein Likör der Firma Krampf!

Cherry Brandy, Abiel, Caracao usw. Fl. 3.60 etw. Lit.
Weinbrand, hochfein 3.40
Weinbrand, Verschnitt 2.40
Aqua-vit 2.20
Jamaika-Rum, Verschnitt, 40% 3.50
Jamaika-Rum, Verschnitt, 45% 4.00
Rot-Weine Fl. 1.00 etw. Lit.
Apfel-Most gegen Verdauungsstörung Liter 55 Pf.
Pepsin-Weine n. d. dtsehn. Arzneibuch Fl. 1.50
Carmenolia, vorzügl. Stärkungswine 1.40
Johannisbeerwein Liter 95 Pf.
Griech. Muskat-Wein, feurig vollschm. 1.20
Taragona, hochfeine Qualität 1.30

E. Krampf Nflg. Geegründet 1860
Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 42. Königsstadt 603.
Warschauer Straße 15. Königsstadt 6062.
Schöneberg, Grünwaldstraße 70. — Stephan 7789.
Wilmersdorf, Lauenburger Straße 1. — Uhland 6847.
Kostproben gratis. Größere Bestellungen frei Haus.

3 billige Tage

Donnerstag Freitag Sonnabend
Santos Perl . . . 1 Pfd. 2.40
Santos Auslese 1 Pfd. 2.20
Beide Sorten sind kräftig und reinschmeckend.
Ein Versuch überzeugt.

Kaffee- u. Lebensmittel-Vertriebs-Aktien-Gesellschaft
Max Müller & Co.
Zentrale u. Engroslager: Müllersstr. 166a/167
Nächste Filialen: Müllersstr. 167 / Reinickendorfer
Straße 14 / Brunnenstr. 117 / Beusselstr. 64 / Gerichtstr. 73.

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen billiger!
Wohnen Häuser - Prospekte gratis in der Gesamt-Ausgabe des Vorwärts und trotzdem

J. Baer, Berlin N20
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee
Neuheiten

für
Herbst und Winter
in
Herren- u. Knabenmoden
Fertig und nach Maß
Sport- und Berufskleidung
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulte
Mehlhopfplatz 12, Hofpart.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verb.хоз. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Plötzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telephon: Königsstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Um den seit vielen Jahren besten eingeführten

Kapitan-Kautabak
weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist beschlossen worden, daß die Kapitan-Kautabak, welche im dem Firmengesteck der jeder Stelle und Größe beigelegt ist, einen kleinen numerierten weißen Zettel finden, eine echt überne, 800 ce-temperierte Teile zum Inhalt erhalten. Diese Zettel enthält die beste gesundheitliche Aufklärung des Tabaks.
Bestellungen durch
G. Röder
Berlin, Clichtenberg Straße 22
Rödelstraße 3061

Modernes Zahnersatz
auf bequeme Teilzahlung
Jedermann kann sich bei uns den Zahnersatz leisten
Untersuchg. kostenlos. Nur erhaltl. Material
Langjährige Garantie. Billigste Preise.
Schnellste Behandlung.

Berliner Zahn-Institut
Königsstraße 48, Eingang Hoher Steilweg
10-12, 5-7. Sonnt. 10-12. Gegenüber Rathaus.

Großer Ulster- und Paletot-Verkauf!

Nur Qualitätswaren!

Fabelhaft billige Preise!

Herren-Ulster dunkel, gemustert, mit Ueberkaro, einz. Gr. 36.00
 Herren-Ulster mit Gurt u. Falte, moderne Farben 48.00
 Herren-Ulster schwere Qualitäten, mit ang. Futter 59.00

32⁰⁰
 42⁰⁰
 54⁰⁰

Herren-Ulster aus schw. Gabardine- und Cheviot-Stoffen 68.00
 Herren-Ulster prima Marengo-Qualitäten 72.00
 Herren-Ulster „Erste für Maß“, beste Ausführung 95.00

65⁰⁰
 78⁰⁰
 86⁰⁰

Herren-Paletots halb Stoffe, schw. u. mar. 56.00, 49.00
 Herren-Paletots pr. Esk. u. Moll. u. Stoppfutt. 75.00, 69.00
 Herren-Paletots „Maß-Erste“, prima Qual. 98.00, 85.00

42⁰⁰
 62⁰⁰
 78⁰⁰

Gehrock-Paletots „Die gr. Mode“ schw. u. mar. 68.00, 54.00
 Gehrock-Paletots neuest. Form, u. Saffian, Brust gest. 95.00, 86.00
 Sport- und Geh-Pelze besonders präpariert!

45⁰⁰
 75⁰⁰

Reichhaltiges Lager in Straßen-, Sport- und Gesellschafts-Anzügen

S. JOSEPH, Schöneberg, Hauptstraße 1

Ecke Grunewaldstraße

Es wird kalt!
ULSTER

elegante Formen
 gute Qualitäten
 u. billige Preise
 durch direkten Großeinkauf und eigene Fabrikation

Ulster modern gemusterte Winterstoffe	37.50
Ulster schwerer Winterflansch, viele Farben	45.00
Ulster Cheviot u. Gabardine, schöne Absätze	49.00
Ulster neue dunkle Farbestellung, schwere Qualität	57.00
Ulster marengo und andere dunkle Farben	75.00
Ulster schwere Flansch-Qualitäten, neue dunkle Melang.	85.00
Ulster Flansch- und Raffin-Qualität, dunkle Farben	98.00
Paletots mit Samtkragen, marengo Cheviot und schwarz Eskimo	46.00
Paletots mit Samtkragen, marengo Cheviot	54.00
Paletots Rockform, marengo, Natistola-Futter	56.00
Paletots auch Rockform, schwarz und marengo Cheviot	75.00
Paletots auch Rockform, dunkel marengo, besonders gute Qualität	98.00

Quar & Co.
 SCHÖNEBERG HAUPTSTR. 1
 Spezialhaus für
Damenmäntel

Hier finden Sie nach Ihrem Wunsch jede Preislage und jede moderne Form in gutem Flansch u. Velour de laine mit Pelzkragen 19⁷⁵
Velour de laine Mäntel mit reicher Pelzgarantur 37⁵⁰
 Auch in Frauengrößen und eleganten Mänteln (Ottomane) reiche Auswahl!

Mantel wie Abbild. in gut. Ottomane auf Damasse 79⁵⁰
 Ecke Grunewald- u. Steubenrauchstr.
 GUG

Gottlieb Weiss
 Gegr. 1892
SCHÖNEBERG Hauptstraße 167

Oberhemden Hüte Binder etc. sehr billig!

Die **Groschen-Bücher-Messe**
 der Vereinigten Arbeiter-Buchhandlungen Berlins ist bis zum 2. November verlängert. Verk. tägl. ab 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelplatz 24. Bücher aus allen Gebieten zu enorm herabgesetzten Preisen. **Täglich liegen neue Bestände aus**

Tapeeten 25, 30, 35 Pfg. Riesenauswahl.
 herrliche Muster, Linoleum u. Wachsstüche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 56a, Ecke Elsässer Straße
 Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

Wie gesund bleiben bei Wohnungsnot Arbeitslosigkeit Berufsgefahren?

Sondernummer **GUG**

„Gesundheit u. Gesellschaft“
 der „Urania“ Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre — beleuchtet diese für die großen Bevölkerungsschichten brennende Themas in verschiedenen Artikeln bekannter, im Berufsleben stehender Fachwissenschaftler, u. a. Dr. Mosbacher: „Krankheit als soziale Erscheinung“, Oberbürgermeister Hirsch: „Wohnungsnot als Krankheitsursache“, Dr. Wolf: „Krankheit u. Beruf“
 Jeder bestelle noch heute! Dieses Sonderheft kostet einzeln nur 40 Pfg. — Es erscheinen vierteljährlich 5 „Urania“-Hefte und eine „Urania“-Buchheftgabe, Ausgabe A (mit Broschüre, Buchheftgabe) Mk. 1.50 Ausgabe B (Buchheftgabe in Ganzleinen) Mk. 2.25
 Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
 Berlin SW 68, Lindenstraße 2
 sowie durch die „Vorwärts“-Ausgabestellen.
 Begr. 1891.
 Unter Garantie die schönsten Teppiche und Dauen-Decken
 liefern die betriebe ab 1000
Bernhard Strohmangel, Berlin,
 Wallstraße 72 (Untergrundbahn Anhalterbrücke).
 Filiale: Spittelmarkt, Ecke Sanderstraße, und W. Nollensburger Platz 2, Ecke Trautenstrasse.
 Reparatur, led. Art. — 3/4 Uhr. Perisistolog gratis.

Möbel
 Speise-
 Herren-
 Schlaf-
 Zimmer,
 bekannt gut
 und billig.

Küchen
 jetzt bedeutend billiger

Erla-Küchen	40 K.	70 K.
Auride-Küchen	70 K.	110 K.
Auride-Küchen	95 K.	145 K.
Auride-Küchen	125 K.	175 K.
Kleiderbügel, 10 cm	38 K.	
emalliert	50 K.	

Anstellung feiner Rheinischer Köche.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
 Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Polstermöbel
 in allen Preislagen, ab Fabrik, bei Teilzahlung kein Aufschlag.
Sommer, Schöneberg, Hauptstr. 151
Goltzstr. 44. Vorzeiger dieses erhält 5 Prozent Rabatt.

Betten

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	58.-
Unterbetten	10.-	15.-	32.-	45.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Steppdecken	13.-	15.-	18.-	20.-
Dauendecken	48.-	60.-	86.-	95.-
Metallbetten	15.-	18.-	22.-	27.-
31/2 g. Matr. u. Keilk.	15.-	18.-	24.-	28.-

Bettenhaus A. Schonert
 Oranienstraße 12 — Edhaus Heinrichplatz

Jetzt auch Schöneberg, Hauptstr. 9

Winter-Werbe-Woche

Eine Veranstaltung mit außerordentlich niedrigen Preisen für sämtliche Winterbedarfsartikel

Handschuhe	Strümpfe	Trikotagen	Wollwaren	Herrnartikel	Weißwaren
Damen- u. Herren-Trikot angestrich. oder gefüttert 0.95	Selbendorf viele Farben 1.25 0.95	Futterschlüpfer mit guter Decke in leim- u. hellen Farben 1.95	Hinzenschoner reine Wolle, weiß und farbig 2.95	Tricoline-Oberhemd in modernen Farb-u 6.95	Crepe de chine-Shal moderne bunte Muster 3.95
Damen-Imitat. m. eleganter Phantasie- u. -pholie 1.45	Wach-eide ganz feinmaschig 2.35	Damenschlüpfer Wolle mit Binde, fein plattiert 5.95	Pullover, moderne Dessins mit und ohne Kragen 7.95 6.95	Weißes Oberhemden gute Bi-falter Arbeit 5.95 4.95	Crepe de chine-Kragen w-ig und farbig 0.95
Damen-Glacededer m. eleg. Phantasiegarneuerung 3.95	Reinwollene feine Ca. hemistrümpfe 2.95	Hemd hose fein ge-tricot 1.95	Kinderpullover, hübsche bunte Dessins, kindere Größe 4.75	Herrn-Untergarnitur Jacke und Hose 5.25	Damen-Taschentuch Linnen und gestrickter socke 0.30
Dam-Strick-Handschuhe reine Wolle 1.45	Wolle mit Seide in moderner Ausstattung 3.75	Unterschlüpfer fein gestrickt, helles Farben 0.78	Strick-Jacke mit Wollpelzbesatz 12.75	Schlafanzug pa. Zephir, neue Dessins 12.75 8.95	Anstochblumen Seiden u. anders in bestem Material 0.40
Herrn-Nappa mit Futter 6.95	Wollene feine Cachemir-socken, uni oder Jacquard 1.95	K'seidene schlüpfer gestrikt, die beste Qualität 3.95	Damen-Weste reine Wolle hübsche Dessins 5.95	Krawatten mod. Dessins in reiner Seide 2.95 1.95	Damen-Nachthemd guter Wäsche m. Stick. u. Spitze garn. 2.95
Damen-Nappa mit Futter 5.95	wol. uni. Unterstrümpfe extra lang, neutartig 1.25	Kunstseid. schlüpfer mit warmem Futter 3.95	Pullover mit langem Arm 2.95	Oberhemd in 1-stück. od. Zephir, m. Krag-n 4.95	Hemd hose gestrikt mit reicher Spitze garnier. 1.95

Seide und wollene Kleider-Stoffe
 K'seidene Kleiderstoffe in sich gemustert 1.95
 Crêpe de Chine Gute Kleiderware 5.95 4.95
 Rips Popeline 130 cm breit, reine Wolle 4.95

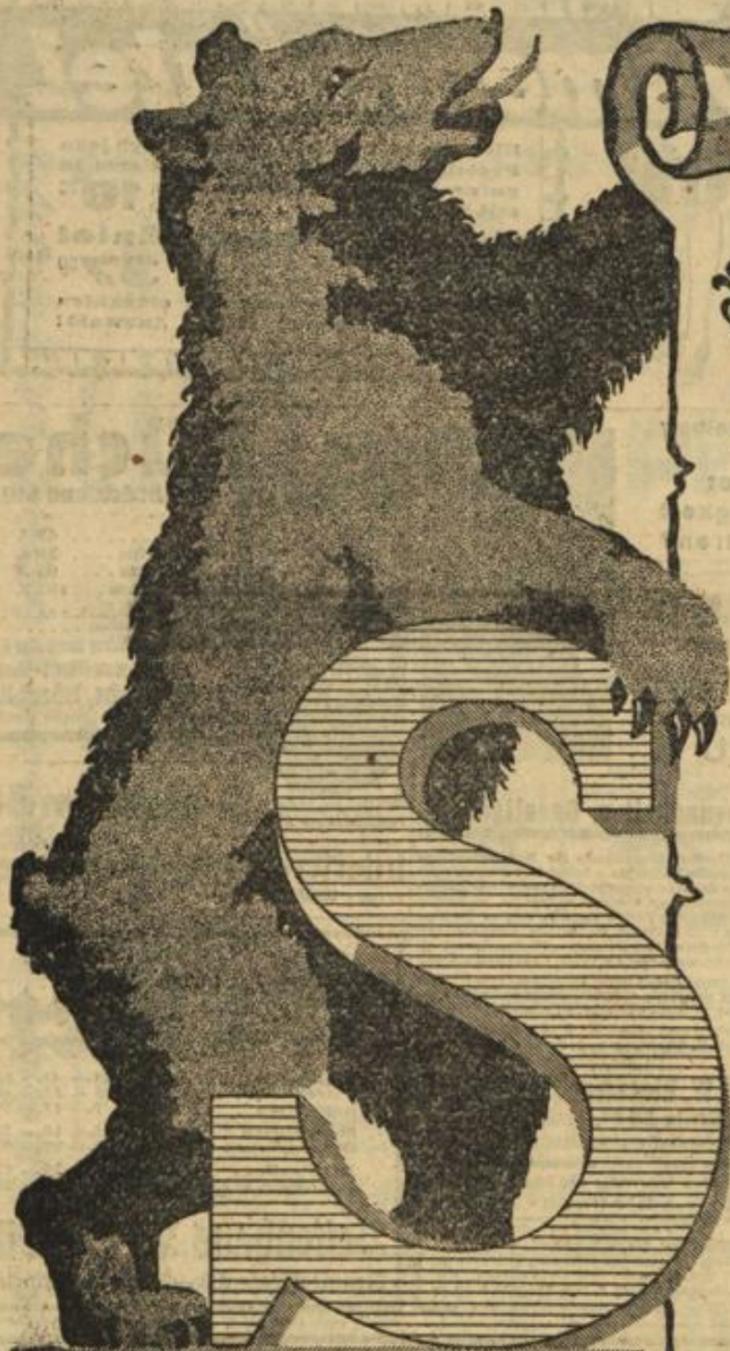
Man kauft bei **Mewis** immer gut
 Seit 150 Jahren

Spittelmarkt 11 **E. F. Mewis** Schöneberg Hauptstr. 9

Stiller wieder in Neukölln

in seinem alten Lokal **Bergstr. 25/26** am Untergrundbahnhof

Eröffnung Sonnabend 3 Uhr



**Jedes Kind erhält
ein schönes
Geschenk!**



enn wir uns entschlossen haben, unsere frühere Filiale in Neukölln jetzt wieder zu eröffnen, so entsprechen wir damit einem häufig geäußerten Wunsch vieler alter Kunden in Neukölln und den südöstlichen Berliner Vororten.

Wie in unseren anderen Filialen, so wird es auch in Neukölln stets unser Bestreben sein,

**das Beste an Qualitäten
in unübertroffener Auswahl
zu allerbilligsten Preisen**
zu bieten.

In besonderen Abteilungen für

Herren, Damen und Kinder
wird jeder Kunde ganz individuell nach seinen Wünschen bedient, und ein Stab von sorgfältig ausgewählten und altbewährten Verkaufspersonals verbürgt die absolut fachkundige Bedienung.

Von unübertroffener Leistungsfähigkeit ist unsere **Spezial - Sportschuh - Abteilung** mit vorschriftsmäßigem sportgerechtem Schuhwerk für alle Sportarten.

Ganz neu und ein zwingendes Bedürfnis der Zeit ist unsere

orthopädische Fussbehandlung

nach dem weltberühmten System Dr. Scholl. Wir bieten kostenlose Fuß-Untersuchung und Beratung durch Dr. Scholl's bewährte Fuß-Spezialisten.

Röntgen - Durchleuchtungs - Apparat
zur Fuß-Untersuchung und Schuh-Anprobe.



Stiller

Gegründet 1867

Ältestes Schuhhaus größten Umfanges!